

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Fünfundfünzigste öffentliche Sitzung

Nr. 55

Donnerstag, den 19. Februar 1948

II. Band

	Seite
Geschäftliches	885, 902
Erklärung des Abgeordneten Op den Orth	885
Erwiderung des Abgeordneten Dr. Rindt	885
Beratung des Antrags der Fraktion der CSU betreffend Missbilligung der Wiederwahl Dr. Semlers in den Wirtschaftsrat.	
Redner:	
Dr. Rindt (CSU)	886, 887
Stock (SPD)	886
Dr. Dehler (FDP)	886, 888
von Knoeringen (SPD)	887
Dr. Hoegner (SPD)	887
Dr. Kroll (CSU)	887—888
Dr. Hille (SPD)	889
Dr. Rief (WAV)	889
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu dem Entwurf eines Ge- setzes über den Wegfall der zehnprozentigen Kürzung der Grundgehalts- und Diäten- bezüge der weiblichen Lehrkräfte (Beilagen 1077, 1084) — Erste und zweite Lesung..	
Redner:	
Dr. Probst (CSU) [Berichterstatterin] . .	889—890
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Ver- kehrsfragen über die Einsetzung eines Unter- suchungsausschusses und Bildung eines per- manenten Verkehrsausschusses (Beilage 970).	
Redner:	
Held (CSU) [Berichterstatter]	890
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Baye- rischen Staatsministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 874) mit den einschlägigen Regierungsvorlagen und Anträgen — Fortsetzung der Beratung.	
Redner:	
Wilhelm (SPD)	890—894
Dr. Rief (WAV)	894—897
Weidner (FDP)	897—898
Schmidt Gottlieb (WAV)	898—899
Behner (CSU)	899—902
Festsetzung der Zeit und Tagesordnung für die nächste Sitzung	902
(Die Sitzung wird vertagt.)	

Die im Sitzungssaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 14 Uhr 17 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die 55. öffentliche Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandschädigungsgegeses sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Ummann, Anetseder, Bezold Georg, Deku, Fischer Wilhelm, Freundi, Dr. Gromer, Hofer, Dr. Horlacher, Dr. Huber, Krempel, Kübler, Dr. Laforet, Roith, Scharf, Dr. Wuglhoffer und Zöbler. Anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Centmayer, Egger, Endemann, Fichtner, Laumer, Lugmair, Meißner und Neumann.

Ich möchte zunächst bekanntgeben, daß Punkt 3 der Tagesordnung, Mündliche Berichte des Ausschusses für Verfassungsfragen zu den Entwürfen eines Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte und der Bürgermeister und eines Gesetzes über die Wahl der Kreistage und Landräte, von der Tagesordnung abgesetzt werden muß. Der Verfassungsausschuß hat bis um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr getagt und ist nicht fertig geworden. Deshalb wird der Landtag heute nachmittag nur bis 5 Uhr tagen. Im Anschluß daran findet in der Staatskanzlei sofort eine Sitzung des Ausschusses für Verfassungsfragen statt. Dann möchte ich gleich mitteilen, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt wird. Die morgige Sitzung beginnt plötzlich um 8 Uhr 30 Minuten.

Der Herr Abgeordnete Op den Orth möchte eine Erklärung abgeben.

Op den Orth (SPD): Meine Damen und Herren! Mir ist vor einer halben Stunde mitgeteilt worden, daß der Abgeordnete Held von der CSU gestern Abend aus der CSU-Fraktion so ungefähr ausgeschlossen worden sei. Ein Schiedsgericht sei eingesezt, weil er unsaubere politische Geschäfte mit dem Abgeordneten Op den Orth gemacht haben soll. Es soll das Wort gefallen sein, er sei ein Spitzel der SPD. Ich gebe zur Ehre des Abgeordneten Held die Erklärung ab, daß ich keinerlei politische Geschäfte mit dem Abgeordneten Held getroffen habe. Ich verkehre lediglich mit ihm so kollegial, wie ich es mit jedem Abgeordneten in diesem hohen Hause tue.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rindt.

Dr. Rindt (CSU): Ich möchte zu der eben abgegebenen Erklärung im Namen meiner Fraktion feststellen, daß die hier angeführten Ausdrücke oder Beschuldigungen in keiner Weise offiziell gefallen sind.

I. Vizepräsident: Ich gebe dem Abgeordneten Dr. Rindt weiter das Wort. Er möchte einen Antrag, der das ganze Haus betrifft, zur Verlesung bringen.

Dr. Rindt (CSU): Meine Damen und Herren! In Weiterbehandlung der Angelegenheit Dr. Semler und seiner Wahl zum Wirtschaftsrat stellt die CSU-Fraktion folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hat von dem Befehl des Generals Clay Kenntnis genommen, demzufolge die Wahl Dr. Semlers missbilligt wird. Der Landtag sieht bis auf weiteres davon ab, eine neue Wahl vorzunehmen.

I. Vizepräsident: Ich frage das hohe Haus, ob in die Besprechung dieses Antrags sofort eingetreten werden soll. Wer dafür ist, möge sich vom Platz erheben. — Ich danke; ich stelle die Zustimmung fest.

Bitte, Herr Dr. Rindt.

Dr. Rindt (CSU): Zur Begründung des Antrags nur noch einen Satz: Als christliche Demokraten fühlen wir uns aus unserem Gewissen heraus verpflichtet, diesen Antrag zu stellen, um der Freiheit der Persönlichkeit willen.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Stock das Wort.

Stock (SPD): Meine Damen und Herren! Ich habe gestern im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion bei der Nominierung Dr. Semlers schon unsere Stellung zu diesem Vorschlag der CSU-Fraktion festgelegt. Wir sind der Auffassung, daß es eine Provokation ist, einen Mann zu wählen, der hinter verschlossenen Türen das sagt, was er sich in der Öffentlichkeit nicht zu sagen getraut. Man hätte es verständlich finden können, wenn Herr Dr. Semler diese seine Ausführungen vor dem Wirtschaftsrat in Frankfurt am Main gemacht hätte, dort, wo er eben auch das verantwortungsvolle Amt hatte, aber nicht in einem internen Kreis, wo er glaubte, etwas sagen zu können, was dann nicht in die Öffentlichkeit kommt, sondern nur einzelne aufputzt.

Nun steht die Partie anders: Die CSU hat einen Antrag gestellt, daß dieses eine Mandat offen bleiben soll. Die Proklamation Nr. 7 verlangt aber, daß der Wirtschaftsrat vollzählig ist, daß alle 24 Vertreter Bayerns in Frankfurt am Main vertreten sind, um dort die Belange Bayerns wahrzunehmen. Wenn nun das eine Mandat von Herrn Dr. Semler offen bleibt, sind es keine 24, sondern nur noch 23 Vertreter in Frankfurt am Main. Weil dem so ist, lehnt meine Fraktion den Antrag der CSU-Fraktion ab.

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Dehler das Wort.

Dr. Dehler (FDP): Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Dr. Rindt begründet den Antrag der CSU mit der Freiheit der Persönlichkeit. Ich meine, es geht um mehr: Es geht um die Demokratie.

(Sehr richtig!)

Die Besatzungsmacht hat uns vor einer halb Jahren den Auftrag gegeben, eine demokratische Verfassung zu schaffen. Das haben wir getan. Das bayerische Volk hat sich eine Verfassung gegeben. Das bayerische Volk ist damit ein Staat geworden.

Wenn Recht gesetzt wird — ich habe dies an diesem Platz schon einmal gesagt —, dann bindet dieses Recht jedermann, auch den Gesetzgeber, auch denjenigen, der dieses Recht gewollt hat. Die Militärregierung hat die Verfassung nicht nur gewollt, sondern sie hat sie gebilligt. Die Verfassung bindet nicht nur uns, sie bindet auch die Besatzungsmacht. Ich habe das sehr scharf präzisiert hier an dem Platze gesagt, als ich den Ministerpräsidenten beschuldigte, die Verfassung nicht eingehalten zu haben. Ich habe gesagt: „Sie, Herr Ministerpräsident, und die Minister haben einen Eid geleistet, die Verfassung und die Gesetze zu achten. Keine Macht auf Erden kann Sie von diesem Eid entbinden, auch nicht die Besatzungsmacht.“ Der Satz, meine Damen und Herren, gilt auch für uns Abgeordnete. Nach der Verfassung sind wir als Abgeordnete nur unserem Gewissen verantwortlich und an keine Aufträge gebunden, auch nicht an Aufträge der Besatzungsmacht.

(Sehr richtig!)

Darum geht es. General Clay hat uns einen Befehl gegeben. Ich sage, niemand, auch nicht General Clay, kann einem Abgeordneten, der vom Volke gewählt ist, einen Befehl geben.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Es geht nicht um den Herrn Abgeordneten Dr. Semler. Ob es taktisch richtig war, ihn zu benennen, oder nicht, sei dahingestellt. Er ist benannt worden und er ist von diesem Hause gewählt worden — und das gilt.

(Sehr gut!)

Wir stellen uns nicht in Gegensatz zu der Besatzungsmacht, wir lehnen es nicht ab, mit der Besatzungsmacht zu sprechen. Wir tragen den tatsächlichen Verhältnissen eines geschlagenen und besiegt Volkes Rechnung und sind bereit, mit der Besatzungsmacht über einzelne Punkte zu diskutieren. Niemand wird sich davon ausschließen wollen. Es ist merkwürdig, wenn gestern der Herr Kollege von Knoeringen diese Art der Diskussion ungefähr — nein, nicht ungefähr, sondern — in dem Streik sah, auf den er sich bezog, wenn er erklärte, das sei der richtige Weg gewesen, um mit der Besatzungsmacht zu sprechen. Man hat es ja vorher anders gehört. Man hat gehört, der Streik gehe nicht gegen die Besatzungsmacht — und mit einem Male wendet er sich gegen die Besatzungsmacht.

(Widerspruch bei der SPD, Beifall bei der CSU und FDP.)

Da ist vorher das Gegenteil gesagt worden. Und gestern hat Herr Kollege von Knoeringen erklärt, der Streik habe sich gegen die Besatzungsmacht gerichtet. Wie Sie, meine Herren von den Gewerkschaften, das mit der Pflicht zur Wahrheit und der Sauberkeit der Demokratie in Einklang bringen, ist eine Frage für sich. Auf jeden Fall, so reden wir nicht mit der Besatzungsmacht, sondern mit Argumenten. Sie kommen mit anderen Anschauungen und anderen Blickwinkeln für die Verhältnisse. Wir müssen uns mit ihnen auseinandersetzen. Dazu sind wir bereit, aber Befehle nehmen wir nicht entgegen. Deswegen unterstützen wir den Antrag der CSU.

(Beifall bei der CSU und FDP.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rindt.

Dr. Rindt (CSU): Meine Damen und Herren! Die CSU-Fraktion hat weiter keine Ausführungen zu machen. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß trotz der Absetzung des Herrn Dr. Semler, um dessen Person es nicht geht — es geht uns um ein Prinzip —, als Direktor des Amtes für Wirtschaft seine politischen aktiven und passiven Rechte, seine staatsbürgerlichen Rechte unbefehligt geblieben sind.

Im übrigen glauben wir einer letzten Entscheidung durch die Besatzungsmacht in der ganzen Frage getrost entgegenblicken zu können. Wir glauben daran, daß wir für unseren Standpunkt, der um die Freiheit der politischen und überhaupt grundsätzlich um die Freiheit der Persönlichkeit ringt, Verständnis finden werden.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten von Knoeringen.

von Knoeringen (SPD): Herr Dr. Dehler hat es für notwendig gehalten, meinen gestrigen Ausführungen eine Auslegung zu geben, die absolut nicht zutrifft. Nach dem Protokoll habe ich erklärt:

Sie sind es gewesen, meine Herren, die öffentlich Sturm geläufen sind dagegen, daß die Arbeitnehmer in Bayern geschlossen einen Tag die Arbeit niedergelegt haben, um zu zeigen, wie sie fühlen und denken. Hier in diesem Hause ist das Wort „Hochverräter“ gefallen. Bitte, wenn Sie diesen Standpunkt in der Sache Semler konsequent einnehmen, dann müssen Sie auch in dieser anderen Frage konsequent handeln.

Ich möchte darauf hinweisen, daß Herr Dr. Semler in seiner Rede gesagt hat, daß „Streiks kommen werden und daß wir uns an die Spitze der Streiks stellen, nicht da draußen, sondern hier herinnen“. Wenn das richtig ist, was im Protokoll geschrieben ist, das die CSU ausgegeben hat, dann bitte, wenden Sie sich auch gegen Herrn Dr. Semler als „Hochverräter“.

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Meine Damen und Herren! Ich handle nicht im Auftrag der Militärregierung. Ich bedauere, daß nach den Worten eines der Herren Voredner meinen Ausführungen vorausschicken zu müssen. Aber ich sehe mit wachsender Sorge eine Entwicklung, die unserem Volk nur zum Unheil auszuschlagen kann.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Es ist eine Rechtsauffassung vertreten worden, die nicht stimmt. Herr Abgeordneter Dr. Dehler hat leider vergessen, seinen Ausführungen hinzuzufügen, daß unsere bayerische Verfassung durch den Brief des Generals Elan vom 24. Oktober 1946 nur unter ganz bestimmten Bedingungen genehmigt worden ist. Einer dieser Vorbehalte, unter denen die Verfassung genehmigt worden ist, ist die Aufrechterhaltung der Ziele und Zwecke der Besatzung. Das Besatzungsrecht geht — wir sagen als besiegt Volk, leider — unserer Verfassung vor. Mit dieser Rechtslage müssen wir uns abfinden. Wenn wir unser Volk in eine Stimmung hineintreiben, wie es leider im Lande draußen jetzt populär ist, dann werden wir die gleichen Früchte ernten, die wir durch einen übertriebenen Nationalismus schon einmal geerntet haben.

(Beifall bei der SPD.)

Auch ich bin dafür, daß wir den Besatzungsmächten die Wahrheit sagen; dazu sind wir aufrechte Männer.

Aber wir können gegen Befehle der Besatzungsmacht nicht Obstruktion treiben; so ist nicht die Rechtslage. Das ist eine politische Torheit und schlägt zum Unglück unseres Volkes aus.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Kroll das Wort.

Dr. Kroll (CSU): Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können zu dem Fall, der heute besprochen wird, und der längst nicht mehr der Fall Semler ist, sondern der Fall Besatzungsrecht, doch erklären, daß wir uns einmal grundsätzlich Klarheit verschaffen müssen. Ich glaube, es war die SPD, die vor nicht allzulanger Zeit mit aller Deutlichkeit — und dafür muß man ihr Dank zollen — die Forderung nach dem Besatzungsstatut erhoben hat.

(Dr. Hoegner: Jawohl, heute noch!)

Wenn man der Aussprache hier gefolgt ist, dann gewinnt man den Eindruck, daß auch unter den Herren Juristen eine gewisse Rechtsunsicherheit darüber herrscht, unter welchem Recht wir eigentlich leben oder, anders ausgedrückt, wie weit eigentlich der Boden der Verfassung und wie weit das Besatzungsrecht reicht.

Es gibt aber ein paar Dinge, die wir aussprechen dürfen. Wir müssen Klarheit darüber haben, unter welchen Bedingungen wir hier einen demokratischen Aufbau durchführen. Es könnte gedacht sein, daß der Vorgang folgender ist: Grundsätzlich, wenn nichts anderes passiert, herrscht das deutsche Verfassungsrecht; nur insoweit, als es gewissen, uns gar nicht einmal immer bekannten Richtlinien der amerikanischen Militärregierung nicht entspricht, wird es kaskettisch korrigiert. Damit wäre der Fall gegeben, daß selbst für bescheidene deutsche Ansprüche ein großes Ausmaß an Rechtsunsicherheit gegeben ist. Auf der andern Seite wäre es möglich, daß die Besatzungsmacht sagt: Ganz bestimmte Dinge behalten wir uns vor; aber klar abgegrenzt und in einem andern Raum ist das deutsche Recht geetzt; innerhalb dieses deutschen Rechts könnt Ihr Euch frei bewegen. Nur unter der letzteren Voraussetzung sind eine Reihe von meinen Freunden überhaupt bereit, am demokratischen Aufbau Deutschlands mitzuarbeiten, weil es im anderen Falle so wäre — ich will es in einem Bild ausdrücken —, daß wir glaubten, auf einer Bühne als wahrhaftige Akteure zu spielen und irgend ein Schauspiel aufzuführen, plötzlich greift jemand hinter den Vorhang und zieht die Figuren wie Marionetten wieder weg.

(Dr. Linnert: Marionetten. — Dr. Franke: Eine schlechte Aufführung von Wilhelm Tell haben Sie gegeben.)

Wir sind ja auch nicht gelernte Demokraten, wir wollen es ja vielleicht erst werden. Es ist eine Frage, ob man überhaupt die Tradition der Angelsachsen, die immerhin einige Jahrhunderte, um nicht zu sagen, in England ein Jahrtausend, besteht, in so kurzer Zeit aufholen kann. Es wäre eine Frage für sich, ob die pädagogischen Mittel, die angewandt wurden, geeignet sind, um uns zu Demokraten zu machen.

(Dr. Linnert: Sehr richtig!)

In einem Punkt aber herrscht völlige Klarheit: Wir können nur unter der Voraussetzung draußen vor unser Volk hintreten, das uns ja verantwortlich macht, daß wir Verantwortung auch tatsächlich besitzen. Sie hören immer wieder, daß die Besatzungs-

(Dr. Kroll [CSU])

macht zum Beispiel erklärt, an der Ernährungslage sind deutsche Stellen schuld. Wenn diese deutschen Stellen schuld sein sollen, dann muß die Tatsache geben sein, daß sie die volle Verantwortung für diese oder jene Situation auch wirklich übernehmen können. Wenn sie nämlich diese Verantwortung nicht übernehmen, dann können sie auch für gewisse Dinge nicht verantwortlich gemacht werden. Worum wir jetzt ringen, ist keineswegs, etwa eine Auseinandersetzung mit der Besatzungsmacht herbeizuführen, im Gegenteil, wir ringen nur um die notwendige Klarheit, um zu wissen, woran wir in diesem Fall überhaupt sind. Diese Klarheit brauchen Sie, meine Damen und Herren, auf die Dauer alle; denn Sie werden alle für das, was praktisch politisch im Leben geschieht, zunächst verantwortlich gemacht, und nur insofern Sie nachweisen können, daß Sie diese Verantwortung nicht übernommen haben oder übernehmen konnten, werden Sie sich exkulpieren können. Die Tatsache aber, die uns jetzt immer wieder vor Augen steht, daß wir Befehle durchzuführen haben, ist ganz ohne Zweifel ein eigentümliches Hilfsmittel einer demokratischen Pädagogik, und davon dürfen wir hier auch ausgehen.

Nun noch ein Wort zu der Frage des Streiks, die der Herr von Knoeringen hier angeknüpft hat. Wir haben gehört, daß gestreikt wurde, aber wir haben nicht gewußt, wieso eine Logik zwischen jenem Streik, der sich angeblich nur gegen deutsche Dienststellen und gegen ihre Unfähigkeit gerichtet hat, und jenem Streik besteht, von dem Dr. Semler sprach, als er sagte, wir werden uns an die Spitze der Streikenden stellen, wenn nicht von anderer Seite her die Voraussetzungen für die wirklichen Grundlagen einer deutschen Regierungsstelle geschaffen werden. Ich glaube, es war zu billig, hier eine Querverbindung herzustellen.

In jedem Falle, meine Damen und Herren, möchte ich eines feststellen: Unsere Auseinandersetzung verläuft völlig in Klarheit und Ruhe darüber, daß wir heute in großer Sorge über die Tatsache geraten sind, ob und inwieweit wir eine echte oder eine Scheindemokratie haben.

(Beifall bei der CSU und FDP.)

I. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Dehler.

Dr. Dehler (FDP): Ein Wort der Erwiderung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Hoegner! Die Besatzungsmacht hat die Proklamation Nr. 7 erlassen, durch die der Wirtschaftsrat geschaffen wurde. Ich habe diesen Schritt sehr bedauert; denn er führt uns auf den Stand vom Mai 1945 zurück. Und das merken wir jetzt. Das Wirtschaftsstatut fegt in Wirklichkeit unsere ganzen Verfassungen weg. Der Wirtschaftsrat ist omnipotent; er kann alle Rechte an sich ziehen, ohne daß verfassungsrechtliche Grundsätze aufgestellt, ohne daß beispielsweise irgendwelche Grundrechte des einzelnen normiert sind. Deswegen habe ich sehr bewußt den Herrn Ministerpräsidenten gefragt: Was wollen wir dagegen tun? und habe im Länderratssaal gesagt: Wir haben nur eine Waffe, nämlich die, nicht zu wählen. Das war mein Standpunkt. Wenn ich bei irgendeiner Partei Genossen gefunden hätte und wir auch in anderen Landtagen Zustimmung gefunden hätten, das wäre die Antwort gewesen;

(sehr gut!)

denn die Demokratie wird durch das Wirtschaftsstatut über den Haufen geworfen. Das sage ich nicht aus partikularistischen oder föderalistischen Erwägungen, wirklich nicht, sondern aus demokratischen Erwägungen.

Nun, die Besatzungsmacht ist diesen Weg gegangen und hat ein Statut erlassen, das ich, nach meiner Meinung richtig, als Kolonialstatut bezeichnet habe. Das ist es.

(Hört, hört bei der SPD. — Sehr gut! bei der FDP.) Der richtige Weg, der Weg, der uns zur Demokratie führt, wäre anders gewesen. Es wäre selbstverständlich gewesen, daß wir, von der Demokratie der Länder ausgehend, jetzt zur Demokratie der größeren Form gekommen wären, daß wir, daß das Volk Vertreter in das Parlament gewählt hätten.

(Sehr richtig!)

Der Weg ist nicht gegangen worden. Nun hat die Militärregierung zusammen mit der englischen Besatzungsmacht ein Statut erlassen, die Proklamation Nr. 7.

(Wimmer: Als Provisorium!)

Wenn in diesem Statut ein Wort davon stünde — —

(Wimmer: Als Provisorium!)

— Ach, seien Sie doch ruhig, Herr Kollege Wimmer! Sie verstehen ja nicht,

(Wimmer: Da werde ich Sie brauchen! glauben Sie, daß das nur Doktoren verstehen? — Lebhafte Zurufe von der SPD.)

was ich sagen will. Wenn in diesem Statut ein Wort davon stünde, daß sich die Besatzungsmacht das Recht vorbehält, einen Abgeordneten zu benennen oder nicht, dann hätte sie legal gehandelt.

(Sehr richtig!)

Das ist aber nicht geschehen, sondern was hat die Besatzungsmacht getan? Sie hat Länderparlamente beauftragt, ihrerseits die Abgeordneten zu wählen,

(Dr. Linnert: ohne jede Einschränkung!)

und wir können nur wählen auf Grund unserer Verfassung. Und diese Rechtsphäre, nämlich die eigene Bestimmung unserer Dinge, hier der Wahl von Abgeordneten zum Wirtschaftsrat, ist in keiner Weise eingeschränkt, auch nicht durch den Brief des damaligen Militärgouverneurs zu unserer Verfassung. Es gibt keine Möglichkeit, uns diese Rechte zu nehmen. Wenn man das tut, dann ist es mit unserer Freiheit hier als Abgeordnete zu Ende, dann haben wir keine Möglichkeit, Abgeordnete des bayerischen Volkes zu sein, sondern dann sind wir Mandatare der Besatzungsmacht. Das bin ich nicht.

(Lebhafte Beifall bei der FDP, CSU und WAB.)

I. Vizepräsident: Der Herr Abgeordnete Dr. Dehler hat dem Herrn Abgeordneten Wimmer zugerufen, „Sie verstehen nichts“. Ich weise das zurück.

(Dr. Dehler: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt, „Sie verstehen nicht“!)

— Ich habe mir hierher stenographiert „Sie verstehen nichts“; das Protokoll wird es dann ergeben. Ich weise das zurück.

(Dr. Dehler: Das erkenne ich nicht an! — Dr. Linnert: Es wird Einspruch erhoben gegen diese Rüge!)

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hille.

Dr. Hille (SPD): Meine Damen und Herren! Es ist doch notwendig, zur Frage des Wirtschaftsrats in diesem engen Zusammenhang ein grundsätzliches Wort zu sagen. Es wird heute so hingestellt, als würden wir, die sozialdemokratische Fraktion, nur die Befehlsempfänger sein wollen, weil unsere Fraktion nicht zu dem Chor derjenigen gehört, die die Dinge ganz anders darstellen, als sie sind. Auch wir sind der Meinung — das möchte ich mit aller Eindeutigkeit feststellen —, daß eine Institution, die an die Stelle des Reichstags zu treten hat, eines Tages nur vom Volk gewählt werden kann. Das ist unsere eindeutige Meinung. Wir haben die Erklärung der Militärregierung entgegengenommen, daß es sich nur um eine Einrichtung von kurzer Dauer handeln kann. Wir müssen uns mit der Erklärung abfinden. Wir haben aber auch keine Sekunde einen Zweifel darüber gelassen, daß wir nach wie vor in grundsätzlichen Fragen als höchste Rechtsquelle der Verfassung die Militärregierung haben. Diese Tatsache nicht erkennen zu wollen, heißt doch, im luftleeren Raum zu leben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Kroll hat hier gestern von „Fraktur reden“ gesprochen. Ich von meinem Standpunkt muß ihm sagen: Herr Abgeordneter Dr. Kroll, ich habe das nicht nur als einen lapsus linguae, sondern als ein Zeichen völliger politischer Verirrung angesehen.

(Dr. Kroll: Die Wahrheit sagen, kann nie eine Verirrung sein, Herr Dr. Hille!)
Fraktur reden heißt, dem Untergebenen die Meinung sagen. Wir befinden uns nicht in der Position des Vorgesetzten, der dem Untergebenen etwas zu sagen hätte. Wir erklären vielmehr eindeutig: Wir werden die Befehle (Burk: empfangen!)

— nein, das ist ja der Grundirrtum! — als den Ausfluß unseres Rechtszustandes vertreten, an dem wir in der Öffentlichkeit keinen Zweifel lassen wollen. Ich habe schon im Länderratssausschuß gesagt: Naturrecht ist sehr schön — der Herr Minister Dr. Hundhammer sprach dort vom Naturrecht —, solange wir aber kein Besatzungsstatut, solange wir keinen Friedensvertrag haben, solange haben wir eine geduldete und keine echte Verfassung haben, solange müssen wir diesen Zustand hinnehmen.

(Dr. Kroll: Dann ist es doch besser, wir stellen die Demokratie bis dahin noch zurück, Herr Dr. Hille!) — Das ist nicht richtig! Die Besatzungsmacht hat uns eine Fülle von Rechten verliehen, Herr Dr. Kroll. Dieser Landtag hat eine Reihe guter Gesetze gemacht; die Regierungen haben zum Teil hervorragende Arbeit geleistet. Das sind Tatsachen. Diese Arbeiten nicht leisten zu wollen ist nur deshalb, weil wir noch keinen Friedensvertrag haben, weil wir noch nicht die klare Rechtsquelle haben, die wir brauchen, hieße doch tatsächlich, sich negierend zur Seite stellen, und das kann doch weiß Gott nicht die Absicht der Volksvertretung sein. Nur darum handelt es sich: mit den möglichen Mitteln das herauszuholen, was im Interesse des Volkes liegt.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Rief.

Dr. Rief (WAB): Meine Damen und Herren! „Eine Strafkolonie unter der Herrschaft von Militärregierungen“, nennt die „New York Times“ das

Staatsgebilde, das die Frankfurter Konferenz für Westdeutschland geschaffen hat. Daraus geht hervor, daß man sich auch in Amerika drüber zweierlei Gedanken über den gegenwärtigen Zustand in Frankfurt macht. Wir haben deshalb gar keine Hemmungen, uns dem Antrag der CSU anzuschließen und ihn zu unterstützen.

(Beifall bei der WAB und CSU.)

I. Vizepräsident: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag.

Ich verlese ihn nochmals:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hat von dem Befehl des Generals Clay Kenntnis genommen, demzufolge die Wahl Dr. Semlers missbilligt wird. Der Landtag sieht bis auf weiteres davon ab, eine neue Wahl vorzunehmen.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich danke. Die Gegenprobe! — Ich stelle fest, daß der Antrag mit großer Mehrheit angenommen ist.

(Beifall bei der CSU, WAB und FDP. — Dr. Hoegner: Das gibt ein schlimmes Erwachen, meine Herren! — Wimmer: Lassen Sie sie doch ersäufen!)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ziffer 1:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zu dem Entwurf eines Gesetzes über den Wegfall der zehnprozentigen Kürzung der Grundgehalts- und Diätenbezüge der weiblichen Lehrkräfte (Beilagen 1077, 1084).

Ich bitte die Frau Abgeordnete Dr. Probst, als Berichterstatterin das Wort zu ergreifen.

Dr. Probst (CSU) [Berichterstatterin]: In der 51. Sitzung des Haushaltsausschusses vom 11. Februar 1948 stand der Entwurf eines Gesetzes über den Wegfall der zehnprozentigen Kürzung der Grundgehalts- und Diätensätze der weiblichen Lehrkräfte zur Debatte. Berichterstatterin war Frau Dr. Probst, Mitberichterstatter Herr Kollege Pittroff.

Die Berichterstatter beantragten Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzentwurf und bezogen sich auf das im Juli zu dem gleichen Thema Gesagte.

Staatsminister Dr. Hundhammer machte darauf aufmerksam, daß das Gesetz nur infolge eines Verfehlens so lange liegen geblieben sei. Der Entwurf sei vom Ministerrat bereits am 14. August 1947 im Anschluß an einen Landtagsbeschuß beschlossen worden.

Der Mitberichterstatter regte noch an, in der Überschrift die Worte „weibliche Lehrkräfte“ durch „Lehrerinnen“ zu ersetzen. Staatsminister Dr. Hundhammer wies darauf hin, daß diese Formulierung in Übereinstimmung mit der Reichsbesoldungsordnung stehe, die durch das vorliegende Gesetz abgeändert werden soll.

Dr. Rief wollte festgehalten wissen, daß diese Aufhebung der Gehaltskürzung der Lehrerinnen nicht etwa als Argument gegen die Errichtung einer vierten Landesuniversität vom Finanzminister verwendet werden dürfe. Der Mitberichterstatter erinnerte daran, daß der Landtagsbeschuß, der diesem Gesetz zugrunde liege, nur einen Artikel der Verfassung durchführen.

Dr. Hoegner trat ebenfalls für die Formulierung „Lehrerinnen“ ein.

(Dr. Probst [CSU])

Der Vorsitzende plädierte unter Hinweis auf die Ausführungen des Kultusministers für die Beibehaltung der vorliegenden Fassung.

Der Ausschuß nahm die Art. 1, 2 und 3 in der Fassung des Entwurfs an und stimmte in der Schlufabstimmung dem Entwurf einhellig zu.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich schlage dem Haus vor, die allgemeine und die besondere Erörterung, sowie die erste und zweite Lesung miteinander zu verbinden. Die Staatsregierung ist mit dieser Regelung einverstanden. Auch aus dem Haus erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle das fest.

Wir treten in die erste Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf Art. 1, der die bisher gültigen gesetzlichen Bestimmungen aufführt, die die zehnprozentige Kürzung der Grundgehalts- und Diätensätze der weiblichen Lehrkräfte festgelegt haben. Der Wortlaut des Art. 1 liegt den Mitgliedern des Hauses in Beilage 1077 vor.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Art. 1 zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf Art. 2, der die Staatsregierung ermächtigt, die erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht; ich stelle die Zustimmung des Hauses dazu fest.

Es folgt Art. 3 mit dem Wortlaut:

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1947 in Kraft.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Art. 3 zustimmen, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest. Damit ist die erste Lesung beendet.

Wir treten gleich in die zweite Lesung ein.

Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Ich nehme das Einverständnis des Hauses an, wenn ich die einzelnen Artikel nicht noch einmal verlese. — Ich stelle fest, daß kein Widerspruch gegen diesen Vorschlag erfolgt.

Wir kommen zur Schlufabstimmung. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Gesetz im ganzen die Zustimmung erteilen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich danke. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Der Titel des Gesetzes lautet:

Gesetz über den Wegfall der zehnprozentigen Kürzung der Grundgehalts- und Diätensätze der weiblichen Lehrkräfte.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgendes Gesetz beschlossen:

Ich stelle fest, daß Titel und Einleitung die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Wir kommen zu Ziffer 2 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verkehrsfragen über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und Bildung eines permanenten Verkehrsausschusses (Beilage 970).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Held; ich erteile ihm das Wort.

Held (CSU) [Berichterstatter]: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Landtag hatte in seiner Sitzung vom 18. Juli 1947 beschlossen:

Die Staatsregierung wird ersucht, umgehend zu veranlassen, daß die Durchführung der Beschlagsnahmen von motorisierten Fahrzeugen aller Art durch die Straßenverkehrsbehörden einer genauen Überprüfung unterzogen wird. Hierzu ist gemäß Art. 45 der Bayerischen Verfassung ein elfköpfiger Untersuchungsausschuß einzusetzen. Ausgenommen von der Untersuchung sind Beschlagsnahmen, die auf Anordnung der Militärregierung erfolgt sind. Um den vielseitigen Klagen und Beschwerden der Öffentlichkeit abzuhelfen, ist ein permanenter Verkehrsausschuß zu bilden. Dieser Ausschuß ist personengleich mit dem vorgenannten Untersuchungsausschuß und hat die Verhältnisse und die Tätigkeit in den Straßenverkehrsdirektionen, dem Kraftwagenpark der Reichsbahn sowie dem Verkehrsministerium und den nachgeordneten Dienststellen zu überprüfen.

Der bayerische Verkehrsminister hat geglaubt, es als seine Pflicht betrachten zu müssen, das Amtsgeheimnis zu wahren und Akten, deren Einsicht nur einem besonderen Untersuchungsausschuß zufallen würde, ohne Genehmigung des Bayerischen Landtags, also des Plenums, nicht herauszugeben.

Der Ausschuß hat daher in seiner Sitzung vom 19. Dezember 1947 den einstimmigen Beschuß gefaßt:

Der Landtag wolle beschließen:

Der am 18. Juli 1947 vom Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuß hat seine Überprüfungen gemäß Art. 45 Ziff. 1 der Verfassung auf das gesamte Gebiet des Verkehrsweisen in Bayern auszudehnen.

Der Herr Staatsminister für Verkehr hat sich damit einverstanden erklärt, dieser Fassung zugestimmen. Ich bitte daher das hohe Haus, ebenfalls dem vom Ausschuß einstimmig gefaßten Beschuß seine Zustimmung zu geben.

I. Vizepräsident: Sie haben den Antrag des Ausschusses gehört. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Ich danke; ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 874) mit den einschlägigen Regierungsvorlagen und Anträgen — Fortsetzung der Beratung.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Wilhelm das Wort.

Wilhelm (SPD): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nachdem die Oberste Baubehörde, wie es den Anschein hat, das Rennen mit der Abteilung VI des Arbeitsministeriums gewonnen hat, ist es zweckmäßig, daß wir uns und daß ich mich im Namen meiner politischen Freunde auch mit dem sozialen Wohnungsbau, und zwar hier mit der Frage des Bauträgers, etwas näher befassen.

(Wilhelm [SPD])

Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß uns im gegenwärtigen Zeitpunkt jedes Wohnungsbauprogramm als ein sinnloses Zahlenspiel erscheint, wenn es sich nur mit den Wohntypen, der Anzahl von Wohnungen und den Errstellungskosten befassen würde. Das Programm weist auf die alle Pläne zerstörenden gewissen Unbekannten hin: Währungsfrage, Kohlenbelieferung, Ernährung, Gesetze der Militärregierung, Material- und Arbeitsbedarfsdeckung usw. Insofern diese Faktoren die Grundlage planerischer Arbeit darstellen, ist wegen ihrer Ungewissheit und Kurzlebigkeit nur mit einem geringen Erfolg zu rechnen. In dem für 1948 aufgestellten Bauprogramm, das bereits bei Regierungsstellen beraten sein soll, interessiert uns daher weniger die Zahl der vorgesehenen 10 000 Wohnungen als vielmehr ihre Aufteilung nach Industriezweigen und Einzelbetrieben. Dabei haben wir folgende Feststellung zu treffen: Die Zweckgebundenheit des Wohnungsbauens, also die Verkopplung der Arbeitsstätte mit der Wohnung, ist das schwerwiegende Moment des Plans. Wir erinnern uns der Erfahrungen, die früher schon einmal die arbeitenden Menschen gerade mit einer derartigen Planung und Ausführung machen mußten. Und nun versucht man neuerdings, diese gleiche Praxis wieder anzuwenden. Wir Sozialdemokraten erblicken darin zunächst einmal einen außerordentlich weitgehenden sozialpolitischen Eingriff in die freie Entwicklung des Wohnungsmarktes. Wir erkennen an, daß volkswirtschaftliche Erwägungen zu dem Ergebnis führen können, bestimmte Betriebe mit Arbeitskräften zu versorgen. Aber wenn das anerkannte Bedürfnis vorliegt, so kann die Besorgung von Wohnräumen für diese Leute nicht mehr dem zufälligen Vorhandensein von Baustoffen oder Kompensationsmöglichkeiten überlassen werden. In solchen Fällen genügt auch die freiwillige Initiative der einzelnen Firmeninhaber nicht. Wenn der harmonische Ablauf unserer ökonomischen Erholung oder zwangsbedingte Sparsamkeit ein bestimmtes Wohnungsbauprogramm erfordern, müssen staatliche Zwangsmaßnahmen die Durchsetzung dieses Wohnungsbauprogramms auch sichern. Ist die notwendige Ausfüllung eines Arbeitsplatzes z. B. in der Exportindustrie von der Zurverfügungstellung geeigneter Wohnräume abhängig, dann stehen der Regierung die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen mit ihren Tausenden von ausbaufähigen Genossenschaftswohnungen freudig zur Seite. Ihre Wohnungen stehen jedem Bürger bedingt offen, sie sind nicht Konjunktur- und Betriebsrisiken ausgesetzt, sondern sie sind eine Einrichtung, die sich bereits in Jahrzehntelanger mühevoller Arbeit bewährt hat und die auch die Zeit des Gewaltregimes Hitlers von 1933 bis 1945 überdauert hat. Im Bauprogramm 1948 erblicken wir ein unausgesprochenes Eingeständnis, daß der Kompensationskundige die Hoffnung des ministeriellen Wohnungsbauprogramms ist: Wir hoffen, daß durch das Baustoffnotgesetz zum mindesten die früheren Zuweisungen bzw. die auf Kosten des Wohnungsbaues gehorteten Baustoffe ihrer segensreichen Zweckbestimmung zugeführt werden.

Die Wiederinstandsetzungen und der Neubau genossenschaftlicher Wohnungen leiden nicht etwa deswegen Not, weil diese Unternehmungen kein Geld oder keinen Kredit hätten, sondern weil jetzt schon für einen intensiven Wiederaufbau die notwendigen Baustoffe, Trans-

portmittel und vor allem auch die notwendigen Arbeitskräfte fehlen. Für 1948 tut es besonders not, für ganze Wohnblocks, die zu drei Vierteln fertiggestellt sind, Fußböden, Rinnen, trockenes Schreinerholz, Glas, Rohre für Versorgungsleitungen aller Art, sowie sanitäre Artikel bereitzustellen. Statt den Wohnungsbau systematisch zu lenken, wie ja beispielsweise auch die Instandsetzung von Krankenhäusern und sonstigen öffentlichen Gebäuden als Aufgabe der Behörden betrachtet wird, ist der Wohnungsbau bis heute einem sich zufällig findenden Interessenkreis überlassen. Das Landesarbeitsamt wird es sich angelegen sein lassen, die Bauhandwerker dem Industrieprogramm zuzuführen. Auf diese Weise wird die Industrie wiederholt bevorzugt, der soziale Wohnungsbau, die besonders berufenen Vertreter des Kleinwohnungswesens aber werden schwer geschädigt. Obwohl die Kapazität vieler Betriebe in den vergangenen 2½ Jahren wegen Rohstoffmangels, Stromsperrre usw. nicht ausgenutzt war, erhielten sie auf Kosten des Wohnungsbauens Material, das vielfach aus Furcht vor Demontage gehortet oder anderweitig vermendet worden ist. Wertvolle Substanz an geschädigten Gebäuden und damit Wohnraum wurde während dieser Zeit den Witterungseinflüssen preisgegeben. Kostbare und dringend benötigte Baustoffe blieben der vorteilhaftesten Verwendung entzogen. Sie wurden nicht dem Wohnungsbau, dem sozialen Wohnungsbau, zugeführt, sondern sie dienten als Kapitalanlage; als Tauschgut, das oftmals erst nach langen Irtsfahrten irgendeinem schwarzen Bauvorhaben zugute kam. Solche verderbliche Belastungen des gesamten Preisgefüges fanden die beifällige Wertung der Anhänger einer auf Privatinitiative beruhenden Geschäftstätigkeit. Diese Erscheinungen — bisher ein Ergebnis bewußt verbotener Verwendung kontingenter Bedarfsgüter — wurden mit Durchführung des Bauprogramms 1948 behördlich legalisiert. Der Kleinwohnungsbau würde auf die totale Kompensation gedrängt werden, was der totalen Niederlage einer gelenkten Wirtschaft gleichzustellen wäre. Auch wirtschaftlich ist ein solches Programm schlecht untermauert. Denn wer gibt, heute die Sicherheit — diese Sicherheit kann niemand geben —, daß Betriebe, denen jetzt Wohnungen zugesetzt werden, zum Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit noch volkswirtschaftliche oder gar Exportbedeutung haben? Wer trifft die Auswahl der bevorzugten Betriebe, die Wohnungen bauen sollen? Und worauf läßt sich ein etwaiger Verteilungsschlüssel bezüglich der allseits begehrten Baustoffe stützen? Wenn ein solcher Verteilungsschlüssel überhaupt vorhanden ist, was ich von vornherein bezweifle, welches Gesetz erzwingt die schnellste Fertigstellung der Betriebsbauten und, was für uns Sozialdemokraten das Wesentlichste ist, auch die Erreichung wirtschaftlich tragbarer Mieten. Die Verwendung ausgiebiger Mittel aus der staatlichen Finanzierungshilfe erscheint uns unmöglich, wenn nicht die Zwangsbestimmungen der Gemeinnützigkeit für den so erstandenen Hausbesitz mit zu übernehmen sind. Wohnungswirtschaftlich betrachtet schaltet der zweckgebundene Industriebau das Wohnungsnotgesetz weitgehend, sogar sehr weitgehend aus. Der Werkswohnungsbau wird auch von den Gewerkschaften aus Gründen bekämpft, die im einzelnen auseinanderzusetzen heute vielleicht zu weit führen würde. Er gilt heute auch soziologisch als überholt und ist auch betriebs- und verkehrstechnisch nicht mehr absolut erforderlich. Die Zusammenballung

(Wilhelm [SPD])

der Bevölkerung, dann die Schaffung von Industrien durch Neubürger und Evakuierte und die sich daraus ergebenden Wohnungsbedürfnisse können in gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften befriedigt werden. Selbst auf dem Lande können einzeln auftretende und zerstreut zu erstellende Teilsiedlungen als Heimstätten geschaffen werden.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu einem anderen Kapitel. Baustoffe sind umgewandelte Kohle, Erze, Erde, Wälder, Arbeitskraft usw. Sie sind gleichgestellt den Ernährungs- und Bekleidungsartikeln und daher nicht etwa Gut eines Einzelnen, sondern des gesamten Volkes. Sie sind Allgemeingut geworden. Ihre Erzeugung und Verwendung darf daher nicht zur Bereicherung einzelner Personengruppen führen. Wenn wir diese Erkenntnis verfolgen, so finden wir aber keine Befriedigung in der industriegebundenen Vorgabe der Baustoffe, wenn das Endprodukt aus der Vorgabe dieser Baustoffe, nämlich die Wohnung, in das Eigentumsrecht der Unternehmer übergeht und damit zur Werkswohnung wird.

Der Wohnungsbau darf auch nicht zum Lock- und Druckmittel in den Händen der Unternehmer oder der Verwaltungsorgane des Staates und der Behörden werden. Die Vereinigung der politisch und rassistisch Verfolgten, die Flüchtlinge, die Gewerkschaften, die größte Organisation der schaffenden Menschen, die wir zur Zeit haben, und viele andere Gruppen unseres sozialen und parteipolitischen wie wirtschaftlichen Gemeinwesens sowie unzählige Einzelpersonen richten heute ihre Blicke nach dem Sachwert Wohnung. Die Wohnung darf daher auch nicht zum Spekulationsobjekt herabgewürdigt werden. In dem Zusammenhang darf ich wohl ein Beispiel erwähnen. Eine Treuhand-AG., die vor dem Jahre 1933 bestanden hat und dann während der Hitlerzeit von einem Subjekt dieser Gewaltmenschen beherrscht wurde, hat mit 83 000 Mark Aktienkapital einen Gebäudewert von 23 Millionen Mark umgriffen. Heute erhofft sich der betreffende Herr, der belastet ist und wahrscheinlich im Laufe der nächsten Zeit durch die Spruchkammer von seiner braunen Farbe weiß gewaschen und Mitläufer wird, bereits wieder die Einschaltung in seine alten Rechte. Das bedeutet, daß diese Wohnungsbau-AG. und dieser Herr mit 83 000 Mark Aktienkapital Wohnungen und Gebäude im Wert von 23 Millionen Mark nach seinem Gutdünken beherrschen könnte. Daher fordern wir, daß gerade auf diesem Sektor die Spekulation soweit als möglich ferngehalten wird, und zwar ferngehalten wird mit allen Mitteln, die hier anzuwenden sind, weil das Gemeinwesen, das Volk, vor derartigen Hyänen absolut geschützt sein muß.

Die Erstellung der Wohnungen muß aber auch zu Preisen erfolgen, die für die breite Masse des Volkes tragbar sind. Es muß also für eine den Verdienstverhältnissen angepaßte Mietpreisgestaltung gesorgt werden. Wenn z. B. Holz, Gas, Inneninstalation usw., Mangelware wie Fett und Eier und alle diese schönen Dinge unter Zwangsbewirtschaftung stehen, wer könnte dann noch vertreten, daß man heute auf dem Wohnungsmarkt Dinge vorfindet, die einfach unverständlich anzusehen? Es handelt sich aber nicht um die Frage der Wohnungsbaugenossenschaften, des sozialen Wohnungsbau allein; ich bleibe jetzt bei der

Frage der Industriebauten. Auch der Industriebauherr wird nicht in der Lage sein, hier die notwendige Förderung des gesamten Baugeschehens in der Hand zu behalten; denn auch ihm wird es an Baustoffen und Arbeitskräften mangeln, er wird auch die Bauten nicht ohne größere Störung abwickeln können. Es wäre aber dabei zu bedenken, daß durch die Bevorzugung gerade dieser Industriebauten der soziale Wohnungsbau auf einem weiten Gebiet überhaupt lahmgel egt würde, weil infolge der Verzettelung der Arbeitskraft durch die mehr oder weniger planlose Bauerei absolut nicht gewährleistet ist, daß das Ziel, mit möglichst wenig Mitteln einen möglichst großen Erfolg zu erzielen, auch tatsächlich erreicht werden kann.

Was auf dem Laufschweg für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden kann, wird meist der regulären Baustofflenkung entzogen werden. Werden aber beispielsweise — ich möchte nur ein kurzes Beispiel anführen — Arbeiter einer Maschinenfabrik für Bauzwecke freigestellt, müssen sie auf Grund eines hohen Unkostensatzes des Unternehmens diesem so teuer verrechnet werden, daß jeder Wohnungsbewirtschaftungsplan von vornherein über den Haufen geworfen wird. Den Betrieben stehen nicht wie den Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften ausbau- oder wiederinstandsetzungsfähige Wohnbauten zur Verfügung.

Dabei möchte ich betonen: Wenn man heute nach vernünftigen Gesichtspunkten arbeiten will, dann gibt es drei Stufen, nach denen gebaut werden kann. An erster Stelle steht die Wiederherstellung des beschädigten Wohnraums. In zweiter Linie kämen die Industriebauten in Frage. Es ist, ich möchte fast sagen, ein Zeichen von Planlosigkeit, wenn man heute in München die beschädigten Wohngebäude sieht, die mit verhältnismäßig wenig Baustoffen instandgesetzt werden könnten. Dem Wohnungsmarkt könnten Wohnungen zur Verfügung gestellt werden; man läßt aber diese Gebäude ungedeckt jahrelang den Witterungseinflüssen ausgesetzt, bis letzten Endes derartige Schäden auftreten, daß auch dieser beschädigte Wohnraum für die Wiederinstandsetzung im Laufe der Zeit ausfällt. Dagegen hat man aber Baustoffe — man braucht nur Oberbayern zu bereisen — für Villenbauten in allen landschaftlich schönen Gegenden, auch in Niederbayern, dort, wo man glaubt, kalorienmäßig noch mehr zu finden, als das in anderen, weniger begüterten Gegenden der Fall ist.

Es müssen doch auch hier die Regierung und die Oberste Baubehörde sehen, daß da ein Spiel getrieben wird, das allmählich nicht mehr verantwortet werden kann. Gestern wurde ausgeführt, der Rohstoff Holz fehlt uns, wir können nicht bauen, es ist unmöglich, das Holz ist nicht vorhanden. Wer sagt Ihnen denn, daß zum Bauen unbedingt Holz verwendet werden muß? Warum hat man denn früher die Ingenieure mit der Aufgabe betraut, Stahl zur Herstellung von Kriegsmaschinen zu verwenden, zur Herstellung von Granaten und allen möglichen Vernichtungsgeräten? Warum ist man noch nicht auf die Überlegung gekommen, den Stahl auch für Zwecke des Wohnungsbaues zu verwenden? Die Möglichkeit dazu besteht. Wir können uns also für die Zukunft — wenigstens ist das unsere Auffassung — immerhin mit der Frage befassen, ob sich nicht allein die Ingenieure mit dem Rohprodukt Stahl beschäftigen

(Wilhelm [SPD])

sollen, sondern auch die Architekten zur Herstellung der Unterkünfte für die arbeitende und schaffende Bevölkerung.

Wir sind der Meinung, daß auf Grund des Wohnungsnotgesetzes und der Baustofflenkung bei Zusammenarbeit mit den bewährten gemeinnützigen Bauträgern nicht nur Wohnungen erstellt werden können, sondern auch sehr wohl die Gewähr dafür geboten werden kann, daß jener Personenkreis in den Genüß von Wohnungen kommt, der nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen den größten Nutzeffekt erwarten läßt.

Die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmungen sind bereit, bei der Anzahl der Mieter und der Art der Mieter auf die Bedürfnisse der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.

In dem Zusammenhang lassen Sie mich noch kurz auf einen Umstand hinweisen, der uns zu Bedenken Anlaß gibt! Die Verteiler der Baustoffe sind nach den Landesstellen die Großhändler. Wenn heute ein Verband, in dem gemeinnützige Wohnungsbauunternehmungen aller Rechtsformen zusammengeschlossen sind, die Konzessionierung für den Aufkauf und die Verteilung von Baustoffen an die einzelnen Genossenschaften usw. in Erwägung zieht, so werden Schwierigkeiten über Schwierigkeiten gemacht. Man stößt sich aber nicht daran, daß die heutigen Großhändler für ihre Verteilung auch tatsächlich den Gegenwert nachzuweisen nicht angehalten werden. Wir wenden uns dagegen, daß unter Bevorzugung eines Teiles der Bauträger, und zwar zunächst der Industrie, die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften vernachlässigt werden und daß infolgedessen dem gesamten Volke für die Zukunft nicht die Möglichkeit gegeben wird, die sie benötigt, um die Aufbauarbeit in dem Umfang vorzunehmen, wie sie tatsächlich vorgenommen werden muß.

Wir brauchen ein Baustoffnotgesetz. Alle, die mit dem Bauwesen etwas zu tun haben, werden wissen, daß in den Bauämtern, sei es in den Städten oder auf dem Lande, Anträge auf Genehmigung von Bauvorhaben wahllos von den einzelnen Herrschäften eingebracht werden, die nun einmal den Entschluß gefasst haben, da und dort irgendein Gebäude erstehen zu lassen oder eine Umänderung an ihrem Gebäude vorzunehmen. Die lakonische Begründung für die Genehmigung des Baugesuches lautet meistens: Baustoffe sind vorhanden! Hier ist der Punkt, wo an einen planmäßigen Ausbau und Aufbau des Wohnraums nicht gedacht wird; denn wenn es jedem einzelnen überlassen wird, Baustoffe zu erwerben, dann wird in dem gleichen Moment nur derjenige Baustoffe bekommen, der Kompenationsmöglichkeiten besitzt oder aber sich durch sogenannte Lohnaufträge Baustoffe beschaffen kann. Es wird betont und ist sowohl in der Presse wie auch von Regierungsstellen schon betont worden, daß die Lohnaufträge nur von Werken gegeben werden, die nun einmal durch einen glücklichen Umstand Kohlen übrig haben. Wie liegen denn hier die Dinge? Normalerweise darf zum Brennen von 1000 Ziegeln eine Kohlenmenge von acht Zentnern im Höchstfall bei fachgemäßer Behandlung verbraucht werden. Praktisch werden von den Ziegeleien schon 18, 20 und 25 Zentner Kohlen gefordert, um 1000 Ziegel zu brennen. Damit wird der un-

gemein wichtige Rohstoff Kohle gerade auf dem Gebiet des Wohnungsbauwesens bzw. der Baustoffbeschaffung in einem Umfang in Anspruch genommen, der normalerweise nicht mehr vertreten werden kann. Wir müssen daher den Abbau der Lohnaufträge gerade bei Baustoffen ganz besonders fordern.

Wir verlangen aber auch eine Neuregelung der Rechtsgrundlagen hinsichtlich der Landesplanung. Die Landesplanung ist heute ein Gebiet, auf dem manches, ja sogar sehr vieles nachzuholen ist. Ich bitte, sich diese Karte (der Redner verweist auf eine ausgehängte Tafel) zu betrachten. Die Kommunen, die heute mit Flüchtlingen bedacht sind, haben fast keine Möglichkeiten mehr, irgendwie Baugelände aufzutreiben, während auf der anderen Seite aus irgendwelchen volkswirtschaftlich nicht absolut ersichtlichen und einleuchtenden Gründen mit Baugelände ein Geschäft betrieben wird, das zur Anlegung oder zur Sicherstellung von Kapitalien über die Währungsreform hinweg dienen soll. Wenn wir nicht die Hoffnung hätten, daß die Rechnung auch dieser übervorsichtigen Menschen nicht aufgeht, wäre dieser Umsatz außerordentlich betrüblich; denn wir sehen hier, daß sich der Egoismus gegen die Gemeinschaft wendet. Wir haben aber bis heute noch kein Mittel, mit dem der Staat einmal eingreifen und diese Menschen auch tatsächlich dazu bringen könnte, der Gemeinschaft das zu geben, was sie von ihnen zu verlangen hat.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wir brauchen außerdem eine Einflussnahme der Gemeinden und Gemeindeverbände auf diese Landesplanung. Denn die Gemeinden werden in der Hauptsache die Träger dieser gesamten Bauvorhaben sein müssen. Die Gemeinden müssen also auch hinsichtlich der Landesplanung ihren Einfluß bei diesen Stellen absolut geltend machen können, und zwar nicht allein Gemeinden und Gemeindeverbände, sondern auch die Spitzenorganisationen der in allen rechtlichen Formen auftretenden gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften.

Wir müssen auch die Treibstoffzuteilung bemängeln, die für das gute Funktionieren des Bau-sektors unbedingt erforderlich ist: Die Treibstoffzuteilung hinsichtlich der Schuttbeseitigung, aber auch hinsichtlich der für den Bau notwendigen Materialien. Wir müssen feststellen, daß für die betriebseigenen Fahrzeuge eine Betankung erfolgen kann, die vielfach über das Maß dessen, was verantwortet werden kann, hinausgeht, während auf der anderen Seite Genossenschaften und Kommunen vielfach nicht in der Lage sind, die notwendigen Fahrzeuge laufen zu lassen, um nur die Reparaturen, die an eigenen Gebäuden notwendig sind, erstellen zu können.

In dem Zusammenhang darf ich auch darauf verweisen, daß es endlich auch einmal an der Zeit sein dürfte, bei den Baustoffen, und zwar besonders bei Zement, diese Überschneidungen zu vermeiden, die gestern schon der Kollege von Knoeringen gerügt hat, daß Zement vom Süden nach dem Norden, und Zement, der im Norden produziert wird, nach dem Süden verfrachtet wird. Es ist das hier ein Durcheinander wie bei den Kohlen, daß man die Waschberge von Aschaffenburg bis nach Garmisch-Partenkirchen verfrachtet, während für die guten Kohlen ein Frachtraum nicht vorhanden ist. Die Oberste Baubehörde muß also unbedingt dafür eintreten, daß eine genaue Zusammenarbeit sowohl

(Wilhelm [SPD])

mit dem Transport, als auch in Bezug auf die einzelnen der Baustoffindustrie zur Verfügung stehenden Rohmaterialien gewährleistet wird.

40 Prozent — gelinde ausgedrückt — der gesamten Baustoffindustrie gehen heute über den Schwarzen Markt. Man kann diese Zahlen ruhig aussprechen, ohne einer Übertreibung beschuldigt werden zu müssen.

(Zuruf: Im Gegenteil; noch höher.)

— Ich nehme bloß einmal 40 Prozent, um nicht nachher von irgend jemandem der Unsachlichkeit geziest zu werden. Ich weiß sehr wohl, daß der Prozentsatz bedeutend höher ist. Man würde kaum zu weit gehen, wenn man ungefähr auf 70 bis 80 Prozent geht.

(Zuruf von der CSU:

Das ist doch kein Schwarzer Markt!)

— Ob das nun von den einzelnen Kollegen als Schwarzer Markt anerkannt wird oder nicht, bleibt gleichgültig; jedenfalls wenden wir uns als Gemeinschaft dagegen, daß ein Konsortium von Egoisten sich einbildet, über 80 Prozent der Baurohstoffe verfügen zu können, ohne dabei durch irgendeine staatliche Stelle angehalten zu werden, die Interessen der Gemeinschaft wahrzunehmen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir uns nun das Wohnungsbaprogramm für 1948, von dem ich vor kurzem etwas in Erfahrung gebracht habe, besehen, so muß ich Ihnen als Vertreter von Niederbayern folgendes sagen: Ich war enttäuscht, wenn nicht geradezu erschüttert, als ich da erfuhr, daß für Niederbayern ganze 340 Wohnungen erstellt werden sollen, und zwar nicht etwa in den Städten, wo die Flüchtlinge angesiedelt sind; nein, sondern die Baustoffe für diese 340 Wohnungen sind für Industriebetriebe in Landshut, für Bogen und der dritte Teil für Eging eingeteilt. Alle übrigen Orte scheiden vollständig aus. Dabei möchte ich feststellen, daß Niederbayern allein eine Flüchtlingszahl von 450 000 aufweist, davon die Stadt Passau — Passau Stadt und Land —, die zu vertreten ich die Ehre habe, allein eine solche von 27 000. Ich möchte hier doch die Anfrage stellen, ob da bald eine Änderung herbeigeführt werden kann. Denn mir will scheinen, daß gerade der Wohnungsbau, sowohl der soziale wie auch der Industriewohnungsbau, in irgendeiner Form ausgeglichen, planvoll gelenkt werden muß, und daß hier nicht allein von Regierungsstellen angefangen und ein Programm aufgestellt werden kann, sondern daß alle Wohnungsbauträger verantwortlich mit eingeschaltet und an der Ausführung beteiligt werden müssen.

Wenn wir heute von Wiederaufbau und Demokratie sprechen, so ist das alles leeres Gerede. Eine Demokratie wird dort nicht existieren, wo die Menschen noch in Löchern hausen. Sie werden heute die schönsten Reden über Demokratie halten können; sie werden bei den armen Menschen nichts erreichen können, die bereits jahrelang zu sechst, zu siebt, zu acht in einem Raum zu wohnen gezwungen sind, in dem einer wegen dem anderen nicht schlafen kann. Von den sittlichen und moralischen Folgen möchte ich dabei überhaupt nicht reden; die ergeben sich am Rande.

Dieses Problem ist also nicht ein untergeordnetes, sondern ist die Grundlage des Wiederaufbaus und auch die Grundlage jeder Demokratie. Wir Sozial-

demokraten stehen auf dem Standpunkt, daß künftig auch die bayerische Staatsregierung und die Oberste Baubehörde gerade den Bestrebungen des gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbau ein erhöhtes Augenmerk zuwenden sollten.

Gleichzeitig habe ich an die Regierung folgende Frage zu richten: In einem Sonderdruck der „Fränkischen Landeszeitung“, Nr. 99 vom 10. Dezember 1947, ist die bekannte Firma STEG genannt, die wir ja gelegentlich der Beratung des Etats des Landwirtschaftsministeriums näher beleuchtet haben: Hier wird festgestellt, daß große Mengen wertvollen Baumaterials, darunter Holz der Güteklafe I, Eisenbleche, Nichteisenmetalle, Bakelitgefäße mit einem Friedenswert von über 2 Millionen Mark lagern, und zwar Sommer und Winter den Witterungseinflüssen und allem Möglichen ausgesetzt. Ich möchte die Regierung fragen, ob sie auf Grund dieser Mitteilungen schon die notwendigen Maßnahmen eingeleitet hat, um diese wertvollen Stoffe auch tatsächlich der einheimischen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Ferner möchte ich Sie, meine Damen und Herren, zum Schluß um eines bitten: Wir sind nicht so unlogisch, den Industrie- und den Werkwohnungsbau dort vollständig abzulehnen, wo er notwendig ist. Aber ich möchte Sie bitten, neben dem Industriebau auch den sozialen Wohnungsbau, die Siedlungs- und Baugenossenschaften entsprechend zu unterstützen. Sie, meine Herren von der Regierung, werden dann auch die Erfahrung machen, daß Sie einen Bundesgenossen an Ihrer Seite haben, der Ihnen zweifellos die heutigen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsbaumarkt zu ertragen hilft und Sie in Ihrer zukünftigen Arbeit unterstützt. Den sozialen Wohnungsbau werden wir durchführen müssen, meine Damen und Herren; dem Problem kommen wir nicht aus. Wir als Bayerischer Landtag tragen dafür die Verantwortung. Wir tragen die Verantwortung vor dem bayerischen Volk, vor der Geschichte und vor unserem eigenen Gewissen.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Rief.

Dr. Rief (WAB): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die WAB war seit jeher für eine Zusammenfassung des Bauwesens in einem besonderen Ministerium und hat einen diesbezüglichen Antrag bereits am 18. März 1947 im Wirtschaftsausschuß vorgebracht. Dieser Antrag wurde von den damals noch vereinten Koalitionsparteien einstimmig abgelehnt. Um so mehr sind wir heute darüber erfreut, daß sich die SPD zu unserem Standpunkt bekehrt hat

(Heiterkeit bei der SPD)

und sich für ein Bauministerium einsetzt. Ihre Forderungen entsprechen sogar bis in gewisse Einzelheiten genau dem, was wir seinerzeit verlangt haben. Es liegt mir selbstverständlich fern, die SPD des Plagiats zeihen zu wollen; vielmehr möchten wir diese Tatsache gerne als Anzeichen eines beginnenden besseren Verhältnisses der beiden Parteien zueinander werten.

Eine Zusammenfassung des Bauwesens im Innensenministerium scheint uns nicht ganz logisch begründet zu sein, weil es seit Errichtung der Obersten Baubehörde in der Formationsordnung von 1825 bis 1918 keinen staatlich geförderten sozialen Wohnungsbau gab. Leider war der Liberalismus, der libera-

(Dr. Rief [WAB])

listische Kapitalismus, wenn Sie es so hören wollen, das herrschende Wirtschaftsprinzip auch im Bauwesen, und er ist es auch heute noch. Der Liberalismus hat das Bild unserer Städte, unserer Ortschaften und unserer Landschaften verwüstet. Er hat die in der Baulandschaft begründeten kulturellen Bindungen zerstört, und das der Obersten Baubehörde zum Trotz bis in die jüngste Zeit hinein.

Ferner scheint uns die Zusammenfassung im Inneministerium nicht logisch begründet zu sein, weil der Wiederaufbau heute keine rein verwaltende Tätigkeit mehr sein kann, sondern eine in höchstem Maße schöpferische sein muß.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Heute ist die Verwaltung im Bauwesen nicht mehr Zweck, sondern nur mehr ein Mittel. Die Verwaltung kann nur mehr subsidiär sein. Der Zweck ist die Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse und auch Schutz und Erhaltung kultureller Bauten, also in beiden Betreiften eine Kulturaufgabe; alles andere kommt später. Wenn schon Unterstellung unter ein bestehendes Ministerium, dann könnte man das Bauwesen genau so gut dem Kultusminister unterstellen, weil es eine Kulturaufgabe und keine Verwaltungsaufgabe ist.

(Heiterkeit.)

Diese neue große Aufgabe verlangt unseres Erachtens auch eine völlig neue Form einer staatlichen Institution, ein Ministerium, das im Aufbau, in der Arbeitsweise und im Rechtsbereich völlig vom alten Verwaltungstrott abweicht. Mit einer künstlichen Wiederbelebung alter, verbrauchter Verwaltungsmethoden können so gewaltige Probleme wie das des Wiederaufbaus nicht bewältigt werden.

Die Vorlage, über die abgestimmt werden soll, bedeutet nur die Restauration einer alten Behörde, die früher schon, man kann nicht sagen, versagt hat, weil sie nämlich diese Probleme gar nicht gekannt, weil es diese heutigen Probleme früher, von 1825 bis 1918, noch nicht gab. Die Vorlage richtet sich auch ganz einseitig gegen die Abteilung VI des Arbeitsministeriums. Namentlich beanstanden wir auch, daß in der neuen Vorlage die konkrete Bezeichnung der einzelnen Aufgabenbereiche fehlt. Sie ist also eine Art Blankovollmacht, mit der die Ministerialbürokratie tun, aber auch lassen kann, was ihr paßt. Wir bedauern, daß man dem Herrn Staatssekretär Fischer, den wir durchaus für den geeigneten Mann halten, der ein Ministerium in unserem Sinn zu führen befähigt wäre, mit dieser Vorlage ein Instrument in die Hand drücken will, mit dem der Wiederaufbau wieder nicht erfolgreich durchgeführt und durchgesetzt werden kann. Durchgesetzt, sage ich; dem Einwierchten ist nämlich klar, daß der Wiederaufbau seit drei Jahren bewußt sabotiert wurde. Schwarzbauten sind kein Wiederaufbau. Es ist die kapitalistische Interessenpolitik, die insbesondere den sozialen Wohnungsbau verhindert.

Herr Bodensheim, passen Sie, bitte, jetzt genau auf, was ich sage, (Heiterkeit)

damit Sie, wenn Sie mich übers Jahr wieder zitieren, es genau tun können! Zitieren ist immer sehr ehrenvoll; aber der Zitierte muß auch genau verstanden haben, was der Zitierte gesagt hat. Ich empfehle

Ihnen, sich einmal über die Begriffe Kapital, Kapitalismus usw. zu orientieren. Ich empfehle Ihnen Carl Jentsch, Volkswirtschaftslehre; es ist sehr populär, einfach und allgemein verständlich geschrieben

(Heiterkeit)

und jetzt gar nicht viel voraus.

Also zurück zum Kapitalismus! Das Baukapital betrachtet den Wiederaufbau als das große Geschäft nach der Währungsreform. Vorher hat es kein Interesse. Also lautet die Parole: Es wird nicht gebaut. Andere Lösungsversuche, die unternommen werden, wie der Bau mit Naturbaustoffen, in Naturbauweise, werden bewußt sabotiert. Davon kann ich Ihnen von meinem Lehmbau in Regensburg ein Lied singen. Man hat mir die Arbeiter entzogen; man hat mir die Abgabe der Transportmittel verweigert; man hat mir Baugrund vorenthalten usw. Anderen gehts ähnlich. Ich behaupte: Nicht der Baumaterialmangel ist der Grund, warum nicht gebaut werden kann, warum insbesondere keine Wohnungen gebaut werden können. Wer es anders behauptet, dem sage ich: Ich weiß es besser.

Einige Zahlen, meine Damen und Herren! Im Jahr 1936 bzw. 1938 war der Monatsdurchschnitt der Produktion an Dachpappe 5 042 000 Quadratmeter; im August 1947 war er 1 278 000 Quadratmeter, also schon 25,3 Prozent. Die Produktion an Ziegelsteinen war 1936 im Monatsdurchschnitt 128 Millionen Stück; im August 1947 bereits 44 Millionen Stück, also 34,4 Prozent. Zement wurde produziert 1936 218 000 Tonnen; im August 1947 114 000 Tonnen, 52,3 Prozent. Dachplatten, ein Artikel, der überall fehlt — schauen Sie die Häuser ohne Dach an! — 1936 im Monatsdurchschnitt 30 100 000 Stück; August 1947 bereits schon wieder 19 Millionen Stück; das sind 63,1 Prozent. Und jetzt kommt noch der Gipfel: Flachglas 1936 520 000 Quadratmeter; 1947 im August — staunen Sie! — 525 000 Quadratmeter, also 101 Prozent gegenüber der Produktion vor dem Kriege. Seht schauen Sie die Häuser an und lassen Sie sich erzählen, wie die Leute frieren, die nach drei Jahren noch Pappdeckel statt einer Scheibe in den Fenstern ihrer Wohnungen haben! Ich frage: Wo bleibt das Baumaterial? Meine Herren, Sie wissen alle so gut wie ich, ganz genau, wo es steckt.

Es gibt Mittel der Abhilfe. Nur ein Beispiel! Gestern ist mir etwas aus einem Betrieb, aus einer Ziegelei, auf den Schreibtisch geflattert. Die Produktion betrug im Jahr 1947 581 000 Stück. Durch Scheck verplant, also legal verwendet, wurden davon nur 196 500 Stück; als Freikontingent wurden — früher hat man gesagt — verschoben 52 324 Stück; kompensiert wurden — also auch unter diesen Begriff fallend — 13 000 Stück, und die Belegschaft bekam als Deputatlohn sage und schreibe 193 000 Stück, also fast soviel, als durch Scheck auf normale Weise verplant wurde. Um hier Abhilfe zu schaffen, gibt es ein wunderbares Mittel: die Einsetzung eines Treuhänders in derartigen Betrieben, in den Zementfabriken, in den großen und kleinen Ziegeleien usw.; selbstverständlich nicht von Treuhändern, wie wir sie schon besprochen haben, sondern von solchen, auf die man sich verlassen kann.

Die WAB wird zu gegebener Zeit einen entsprechenden Antrag einbringen. Aus der Tatsache,

(Dr. Rief [WAB])

ob und von wem unser Antrag dann angenommen oder abgelehnt wird, wird das notleidende Volk draußen erkennen können, wer es wirklich ernst mit der Abhilfe meint, wer die Korruption indirekt stützt und wer nicht, wer sich für die Bekämpfung, für die wirklich erfolgreiche Bekämpfung der Korruption einzusetzen wird. Und die Leute draußen werden ihre Schlüsse und ihre Konsequenzen daraus ziehen!

Jetzt muß ich mich wieder an Herrn Bodesheim wenden. Treuhänder, habe ich gesagt; nicht Treuhändler. Das hat nichts mit Handel zu tun. Treuhänder ist ein Mann, der ein Vermögen zu treuen Händen in Verwaltung bekommt. Wenn Sie mich das nächste Jahr wieder zitieren, Herr Bodesheim, dann sagen Sie ja nicht, ich hätte „Treuhändler“ gesagt; das würde ich Ihnen sonst bestimmt übel nehmen.

Der Wiederaufbau ist also nicht eine Organisationsfrage, ist nicht nur eine Regelung von Zuständigkeiten; er ist etwas ganz anderes. Er ist einmal ein Investitionsproblem; denn das Bauen kostet Geld, viel Geld. Der Wohnungsfehlbestand, mit dem wir in den Krieg eingetreten sind, war im Jahre 1939 für Westdeutschland 2,8 Millionen; dazu kommen noch 5 Millionen durch Zerstörung und darüber hinaus noch 3 Millionen für die Flüchtlinge. Es sind also zusammen mindestens 10 Millionen Wohnungen, die fehlen. Wenn man nur 10 000 Mark pro Wohnungseinheit ansetzt, dann kommt mehr als 100 Milliarden Mark heraus. Wieviel dabei auf Bayern trifft, können Sie sich selbst ausrechnen.

Ein Investitionsproblem, habe ich gesagt. Das Bauungsbedürfnis kann, weil es eine derart hohe Summe an Kapital erfordert, nicht auf dem Wege des Einkommens bestritten werden, wie etwa das Ernährungs- oder Bekleidungsbedürfnis. Vielmehr werden die Wohnungen aus durch Ersparung bzw. Kapitalneubildung gewonnenem Kapital gebaut, das durch jahrzehntelange Mietezahlung verzinst und amortisiert werden muß. Das Kapital — und jetzt bitte ich Sie, aufzupassen — ist aber nur dann geneigt, sich langfristig zu investieren, wenn es die Gewähr hat, nicht durch Geldwertveränderungen ganz oder teilweise verloren zu gehen. Damit sind wir, schon wieder, mitten in der Währungsfrage.

Wenn wir auf die Inflationsjahre 1919 bis 1923 zurückblicken, so fällt uns ein im gleichgerichteten — nicht im gleichen — Verhältnis zur Zunahme des Geldumlaufs stehendes Ansteigen der Warenproduktion, ausgenommen der Wohnungsproduktion, ins Auge. Der Grund hierfür ist oben bereits angedeutet. Man hatte durch Erfahrung gelernt, und kein Unternehmer konnte es mehr wagen, sein Kapital oder seinen Kredit für eine Sache zu riskieren, die ihn mit Naturnotwendigkeit zur Pleite führen mußte.

Analog, nur mit umgekehrten Vorzeichen, war die Lage in den Deflationsjahren 1929 bis 1932. Die Einkommen sanken oft bis auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung, während die Mieten und Hypothekenzinsverpflichtungen in der bisherigen Höhe bestehen blieben. Die Einkommens-Kapital-Schere divergierte in untragbarer Weise als Folge der Geldwertzunahme einerseits und der Konstanz der nominalen Höhe aller

Forderungen andererseits. Unzählige Kleinhäus- und Eigenheimbesitzer mußten infolgedessen liquidieren und verloren dabei das investierte Eigenkapital samt der Wohnung.

Die Sache krankte also, objektiv gesehen, eigentlich nicht an der eingetretenen Geldwertänderung als solcher, als vielmehr daran, daß die langfristigen Forderungen, die Wohnbauhypotheken nun einmal sein müssen, wie vorhin erläutert, nominell konstant bleiben zum Schaden der Gläubiger in der Inflation und der Schuldner in der Deflation. Die Gefundung kann darum logischerweise nur in der Herstellung und Aufrechterhaltung der Äquivalenz von nomineller Schuldforderung und realer Schuldenverpflichtung liegen. Dazwischen öffentliche Preiskontrolle das auf die Dauer geeignete Heilmittel nicht ist, hat jedenfalls die Erfahrung der letzten drei Jahre gelehrt. Ist es in einer intakten Volkswirtschaft schon schwer, das Preisniveau, das heißt den Geldwert, konstant zu halten, so scheint uns dies eine schwere, übermenschliche Aufgabe in der heutigen so völlig derangierten Volkswirtschaft. jedenfalls dürfen wir nicht darauf verzichten, die Lösung des Problems und damit der Wohnungsfrage auf bisher noch nicht beschrittenen Wegen zu suchen und zu finden. Dies aber wäre die Hauptaufgabe eines Aufbauministeriums. Soviel zum Investitionsproblem.

Als Überleitung zum nächsten Punkt möchte ich Ihnen ein Zitat von Oswald Spengler ganz kurz zu Gehör bringen.

(Oho-Rufe.)

Er schreibt schon im Jahre 1927:

Demgegenüber steht Deutschland unter der Führung von Parteien, das heißt bei uns Scharen von Berufspolitikern, welche die feigste und sinnloseste aller Revolutionen wenigstens materiell auszubeuten versuchen. . . . Deshalb ist Deutschland das letzte Land, in welchem das Wohnungselend, das das Familienleben vergiftet, immer noch aufrecht erhalten wird; denn es schafft aus Mietern radikale Wähler und unter diesen eine unzufriedene Stimmung.

Das ist ein hartes Wort, im Grunde ein furchtbare Wort.

Der zweite Punkt, den ich betonen möchte, ist der, daß der Wiederaufbau ein moralisches Problem ist; denn was jetzt geschieht, ist ein Massenmord an Kindern in einem Umfang wie in den KZ's. Die hygienischen Zustände in diesen Elendslöhern sind schlimmer als im KZ. Wir haben vom Herrn Abgeordneten Böhmer gehört, wie die Zustände in Regensburg sind. Da gibt es Schulklassen, in denen 30 Prozent der Kinder offen-tuberkulos sind. Wenn Sie Vater sind und Ihre Kinder lieben, können Sie es überhaupt noch wagen, Ihre Kinder in die Schule zu schicken, wenn Sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, daß sie infiziert werden? In der Schule, nicht bloß in den Wohnungen!

(Sehr richtig!)

Was aber noch schlimmer ist, das ist der Seelenmord an den Kindern. Die Kinder werden in diesen Wohnlöchern bis ins Mark der Seele verdorben. Man kann hier offen gar nicht sagen, was alles geschieht. Lachen Sie nicht!

(Zuruf: Bei uns gibt es noch keinen Befehl!)

(Dr. Rief [WAB])

Man kann gar nicht offen sagen, was hier alles geschieht an Blutschande, an Eltern-Spielen von Kindern zwischen fünf und zehn Jahren. Die Wände würden rot werden, wenn ich Ihnen bloß das Ergebnis eines einzigen Tages aus meinem Landesbauamt bekanntgeben würde. Tausende von solchen Fällen, nicht bloß Hunderte, habe ich in meinen Akten. Der Kampf gegen den § 218 kann — das hat kürzlich ein Bischof in seinem Fasten-Hirtenbrief gesagt — nicht ehrlich geführt werden, wenn nicht zugleich alles nur Denkbare geschieht zur Behebung der Wohnungsnot. Wenn es nicht geschieht, dann ist dieser Kampf Pharäismus.

(Sehr richtig!)

Das Wohnungselend ist das schlimmste Ürgernis, das man sich in der Gegenwart vorstellen kann. Meine Herren, denken Sie an den Mühlstein, der an Ihren Hals gehängt werden wird, wenn das Ürgernis, das an diesen Kindern geschieht, nicht mit allen bis an die Grenze des Denkbaren gehenden Mitteln beseitigt wird; denn Sie sind dafür verantwortlich, weil Sie die Aufgabe, die Berufung und die Macht dazu haben.

Ich bitte Sie deshalb, lehnen Sie diese Vorlage ab, weil sie ein stumpfes Instrument ist, mit dem das Problem nicht gelöst werden kann. Schaffen Sie ein Bauamt mit dem nötigen Kompetenzbereich und den nötigen Machtmitteln! Horchen Sie auf die Stimme Ihres Herzens, wenn es nicht verhärtet ist, und nicht auf die verwaltungsjuristischen Argumente der Ministerialbürokratie!

(Sehr gut!)

Wer wider besseres Wissen sich weigert, der Regierung ein brauchbares, scharfes Instrument zur Lösung der Wohnungsfrage zur Verfügung zu stellen in Form eines, um es zu wiederholen, mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten Ministeriums, ist mitverantwortlich für die Dinge, die über uns kommen werden. Das Bauwesen ist ein Sodoma und Gomorrha, und die Strafe wird nicht ausbleiben. Sorgen wir Abgeordnete, wir gewählten Vertreter des armen und gequälten Volkes dafür, daß diese Strafe nicht uns trifft! (Beifall bei der WAB und CSU.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weidner.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Die Freie Demokratische Partei gibt der Vereinfachung der Verwaltung und der Zusammenfassung des gesamten Bauwesens im Staatsministerium des Innern grundsätzlich ihre Zustimmung. Wir haben allerdings dabei eine besondere Bitte auszusprechen — und ich möchte das mit besonderem Nachdruck betonen —, daß der Wohnungsbau dadurch nicht etwa in irgendeiner Form vernachlässigt wird. Mein Herr Vorréder vor allem hat sehr temperamentvoll die Notwendigkeit des Wohnungsbaus mit Nachdruck vertreten. Ich tue dies hiermit auch. Der Wohnungsbau ist vordringlich, darüber sind wir uns alle klar.

(Zuruf: Das wird ein frommer Wunsch bleiben!)

— Jawohl, der Wohnungsbau ist vordringlich und die Zusammenfassung der verschiedenen Ministerien darf keinesfalls bedeuten, daß der Wohnungsbau in irgendeiner Form vernachlässigt wird.

(Zuruf: Das wird sich ja zeigen!)

— Wir werden, Herr Kollege, darauf achten müssen. Wir haben als Landtagsabgeordnete immerhin die Möglichkeit, da einzutreten. Ob man das nun Wiederaufbauministerium in der Zusammenfassung der verschiedenen Gremien heißt oder Oberste Baubehörde im Innenministerium, ist letzten Endes gleichgültig, die Hauptfache ist, daß die Vereinheitlichung der Verwaltung so durchgeführt wird, daß sie den meisten Nutzeffekt bringt.

Meine Damen und Herren! Es sind hier sehr viele harte Worte gegenüber der Industrie und auch gegenüber dem Handel zu hören gewesen. Ich muß feststellen, daß kaum einer der Herren Redner bisher die volkswirtschaftlichen Daten der Industrie hervorgehoben hätte, die tatsächlich zu verzeichnen sind.

(Zuruf: Wo denn?)

Wir wollen doch nicht leugnen, daß sowohl die Zement- als auch beispielsweise die Ziegelindustrie ihre Pflicht erfüllt haben.

(Zuruf: Auf dem Schwarzen Markt!) Was würden Sie denn tun, wenn Sie eine Ziegelei hätten, die einen kontinuierlichen Betrieb darstellt, und Sie haben nicht genug Kohlen und es wird Ihnen grundsätzlich die Möglichkeit gegeben, auf Grund des Lohnverfahrens sich Kohle zu verschaffen? Was würden Sie dann tun? Sie würden zu der Kohle greifen, nicht nur in Ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse Ihrer Arbeiter, letzten Endes im Interesse der Produktion. Damit werden nach meiner Auffassung doch volkswirtschaftliche Werte geschaffen!

(Sehr richtig!)

Ich will Ihnen einmal die Entwicklung der ganzen Frage ins Gedächtnis zurückrufen. Der Landtag hat, glaube ich, am 18. März vorigen Jahres beschlossen, die Freiquote, die Freikontingente der Baustoffindustrien, die damals im wesentlichen 10 Prozent betrugen, aufzuheben. Die Entwicklung ist aber über diesen Beschluß hinweggegangen und das Wirtschaftsministerium hat sich genötigt gesehen, Kompenstationsgeschäfte bis zu einem gewissen Umfang zu legalisieren. Darüber hinaus, meine Herren Vorréder, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen: Kompenstationsgeschäfte sind doch etwas anderes als die sogenannten Lohnaufträge. Dazu haben wir uns mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in dieser Industrie bekennen müssen, um der Industrie das Leben zu geben, die sogenannten Lohnaufträge gutzuheften. Von meinem Standpunkt als Vertreter der Freien Demokraten begrüße ich diese Entschließung des Wirtschaftsministers; denn sie hat der Industrie die Möglichkeit gegeben, tatsächlich zu produzieren. Ich werde Ihnen gleich Unterlagen über die effektiven Auswirkungen dieser Möglichkeiten hier vorlegen. Ich darf Ihnen sagen, daß beispielsweise die Zementindustrie nach der zugeteilten Kohle im Jahr 1947 217 000 Tonnen Zement hergestellt hat. Darüber hinaus hat sie im sogenannten Lohnverfahren, das ja behördlich überwacht wird, 47 000 Tonnen Kohle an die Partner abgegeben und 50 000 Tonnen Kohle der allgemeinen Verteilung zugewiesen. Nun fragen Sie mich, wo ist denn die Kohle hergekommen? Zu 90 Prozent aus dem Ruhrgebiet! Wenn Sie jetzt diese Geschäfte verbieten, dann verbieten Sie letzten Endes eine Maßnahme, die drüben dem gesamten Sektor Steine und Erden zugestimmt ist und uns in

(Weidner [FDP])

Bayern tatsächlich eine zusätzliche Produktion ermöglicht hat. Das sind die Tatsachen.

Ich kann Ihnen auch Zahlen aus der Ziegelindustrie bringen. Die Ziegelindustrie hat — die Zahlen beziehen sich allerdings nur bis zum August vorigen Jahres — auf Grund dieser Geschäfte 32 Millionen Ziegel und Dachsteine der Bewirtschaftung mehr zugeführt. Allerdings bin ich dabei der ganz objektiven Meinung, daß ein guter Teil der Kohle hierbei aus Bayern gekommen ist, und zwar entsprechend der Lage der Ziegelindustrie aus den nähergelegenen Bezirken. So ist das Gesamtbild. Wenn Sie sich das Gesamtbild vor Augen führen, müssen Sie sagen, daß wir hier doch sehr vieles vom grünen Tisch aus gesagt haben. Gewiß, das ist ganz unbestritten, daß eine ganze Menge Baumaterialien nicht in erster Linie den gewünschten Bauzielen zugeführt werden. Das sind aber nach meiner festen Überzeugung reichlich geringe Mengen. Die Hauptmengen sind erfaßt und auch zugeführt worden, und das ist für mich der Kernpunkt der ganzen Angelegenheit.

Nun der sogenannte Schwarze Markt. Auch im Wirtschaftsausschuß ist man bisher die Beweisführung dafür schuldig geblieben, in welcher Höhe Baustoffe auf den Schwarzen Markt geflossen sind. Der eine behauptete 10 Prozent, der andere 80 Prozent. Nach meiner ziemlich genauen Kenntnis der Materie sind 10 bis 15 Prozent der Baustoffe dem Schwarzen Markt zugeflossen.

(Zuruf: Viel zu wenig! Umgekehrt, dann stimmt es!) Sehen Sie sich doch die Dinge an! Aber letzten Endes reden wir doch alle im Kreise herum. Die Baustoffe sind doch keine Butter. Die Baustoffe sehen wir doch drauf. Warum kontrollieren wir sie nicht an Ort und Stelle? Das ist eine ganz einfache Möglichkeit für das Inneministerium oder meinetwegen das Arbeitsministerium. Dann brauchen wir gar nicht im Kreise herumzureden.

(Zuruf: Wird ja durchgeführt!)

Sie müssen eines zugeben: Die optische Wirkung, wenn jemand schwarz baut, ist zweifellos groß. Wir sehen weniger den Bau, der aufgerichtet wird, als die Baustoffe, die möglicherweise schwarz bezogen wurden. Schauen Sie sich aber doch einmal alle diese kleinen Bauten zusammen an, ich glaube, sie machen das Kraut bei Gott nicht fett.

(Dr. Rief: Ich kann Ihnen Schwarzbauten zeigen, daß Sie schwarz werden!)

— Es wäre mir interessant, wenn Sie diese Feststellungen treffen könnten.

Ich habe bereits im Sommer vorigen Jahres vorgeschlagen, das ganze System dadurch zu vereinfachen, daß wir der gesamten Baustoffindustrie Produktionsschlagen geben. Damit kommen wir nach meiner Ansicht am weitesten. Dann brauchen wir uns nicht zu unterhalten über Lenkung und Planung, sondern wir sagen einfach, die Baustoffindustrie muß meinetwegen 60, 70, 75 oder 80 Prozent abliefern, und dann ist die ganze Frage aus der Welt geschafft. Sehen wir uns doch die Geschichte bei. Licht an! Ich glaube, wir kommen damit weiter.

Noch einige Worte zum Baustoffnotgesetz. Wir werden darüber doch noch einiges in den Ausschüssen sagen müssen, die dieses Gesetz bearbeiten. Aber eins

scheint mir wichtig zu sein. Eine der Begründungen zum Baustoffnotgesetz ist das Eingeständnis der Unfähigkeit und Unzuverlässigkeit der unteren Verwaltungsbehörden. Wenn wir schon mit derartigen Begründungen und Tatsachen rechnen müssen, dann weiß ich allerdings nicht, wie wir da überhaupt ein Gesetz fundieren können; denn auch das Baustoffnotgesetz wird mit denselben Tatsachen zu rechnen haben. Ich bin der Auffassung, das Baustoffnotgesetz muß von uns allen noch sehr feiert werden. Wir werden darüber noch viele Worte zu verlieren haben.

(Beifall bei der FDP.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Schmidt Gottlieb.

Schmidt Gottlieb (WAB): Meine Damen und Herren! Wenn es um die Ernährung geht, dann geht es in diesem Hause immer sehr lebhaft zu. Nun halte ich mich als Vertreter der Landwirtschaft für berechtigt, auch in die Baustoffdebatte einzugreifen. Alle Abgeordneten, die mit der Landwirtschaft oder überhaupt mit ihren Leuten in Fühlung sind, werden, was die Baustoffe und die Bauerei anlangt, am meisten belästigt. Wenn man nun auf der einen Seite immer verlangt, daß aus der Landwirtschaft das Letzte herausgeholt werden muß, dann ist es anderseits doch nicht gut möglich, die Landwirtschaft beiseite zu schieben, wenn es darum geht, ihr das zu geben, was sie unbedingt haben muß. Ich muß hier feststellen, daß es bei der Landwirtschaft tatsächlich noch sehr weit fehlt. Ich habe mit verschiedenen Kollegen aus anderen Gegenden gesprochen und muß feststellen, daß noch sehr viele landwirtschaftliche Wirtschaftsgebäude darniederliegen, so daß die Leute ihre Landwirtschaft absolut nicht richtig betreiben können. Es muß mit aller Energie dagegangen werden, daß dieser Übelstand endlich einmal beseitigt wird, und zwar nicht nur im Interesse des Bauern, sondern im Interesse des ganzen Volkes. Ich habe hier schon einmal ausgeführt: Der Bauernhof ist nicht allein der Hof des Bauern, er ist der Hof des ganzen Volkes; denn aus jedem Bauernhof wird das herausgeholt, was zur Ernährung der Bevölkerung notwendig ist.

Ich möchte bloß ein kurzes Beispiel geben. Am letzten Sonntag erst kam zu mir in aller Frühe ein Bauer in höchster Aufregung. Ich habe mir gedacht, nun möcht' ich doch sehen, was hier los ist. Der Mann war wirklich verärgert, und zwar mit Recht. Sein Haus ist schon seit der Brückensprengung im Jahre 1945 baufällig und er wohnt mit seiner Familie drin, obwohl er nicht sicher ist, ob es nicht jeden Tag zusammenstürzt. Der Mann, der einen Betrieb mit 30 Tagwerk hat, hat sage und schreibe 130 Zentner Getreide abgeliefert. Nun sagte er mir glatt ins Gesicht: Jetzt habe ich es satt, ich höre auf mit der Demokratie; alle anderen, die nicht so blöd sind wie ich, haben ihre Baustoffe, haben ihr Holz, ihre Steine, ihre Platten.

Der Herr Ministerpräsident hat einmal die Parole ausgegeben: Recht und Gerechtigkeit! Was ist hier Recht, was ist hier Gerechtigkeit? Dürfen wir diesen Zustand noch länger mit ansehen, daß der Ehrliche der Betrogene ist und der andere, der sich an gar nichts kehrt, dafür auch noch entlohnt wird. Es liegt an uns, es liegt am Landtag, diese Zustände endlich abzuschaffen. Ich kann da den Ausführungen des

(Schmidt Gottlieb [WAB])

Herren Kollegen Weidner wirklich nicht bepflichten. Herr Staatssekretär Fischer wird mir bestätigen, daß ich einer jener Abgeordneten bin, die die Baudirektion sehr oft besuchen, und zwar im Interesse der Armenstift, von denen ich ganz bestimmt weiß, daß sie nicht aus eigener Kraft bauen können. Ich kenne einen Fall: Der Betreffende ist abgebrannt im Juni vorigen Jahres. Der Mann befindet sich noch in Gefangenschaft. Mit aller Mühe hat man es so weit gebracht, daß die Scheune im Rohbau fertig ist.

(Dr. Linnert: Was meinen Sie, wieviel Häuser in Nürnberg abgebrannt sind?)

Der Herr Staatssekretär hat mir mitgeteilt, daß von Frankfurt noch nicht ein Holzschein zugestellt wurde, und der Bau muß nun so stehen bleiben. Das sind Zustände, die können nicht länger so weitergehen. Wenn man auf der einen Seite von der Landwirtschaft verlangt und verlangt, dann muß man ihr auf der anderen Seite etwas geben. Es gibt nur ein Recht: gleiches Recht für alle.

Wir wissen nur allzu gut, daß im Wohnungsbau viel geschehen muß; denn der Zustand, wie jetzt die Flüchtlinge und auch die einheimische Bevölkerung untergebracht sind, kann auf die Dauer nicht bleiben. Wir wissen aber ebenso, daß das nicht auf einmal behoben werden kann, sondern nur Zug um Zug. Ich bin der Ansicht, daß man z. B. die Flüchtlingswohnungen dort erstellen muß, wo man die Flüchtlinge auch in die Wirtschaft eingliedern kann. Zwei Drittel unserer Flüchtlinge stammen aus der Industrie und müssen auch wieder in der Industrie eingesetzt werden. Wir hoffen, daß in Zukunft Industriewerke nicht mehr gesprengt, sondern ausgebaut werden, damit sich unsere Flüchtlinge endlich ihr Brot verdienen können. Das deutsche Volk will nicht dauernden Steuerzahldienst des Auslands auf der Tasche liegen. Das deutsche Volk hat von jeher gearbeitet und will arbeiten, man muß ihm nur Gelegenheit dazu geben.

Was die Industrie anbelangt, so möchte ich ganz kurz nur eines sagen: Wir müssen endlich so weit kommen, genau so, wie die Landwirtschaft gelenkt wird, die Industrie zu lenken, damit die Industrie die Dinge herstellt, die man am allernotwendigsten braucht. Das sind heute die Baumstoffe. Darum ersuchen wir die Regierung, alles zu tun, damit wir Kohlen aus dem Ruhrgebiet bekommen; denn wir wissen, daß Kohle vor allem notwendig ist. Deshalb appelliere ich an die Regierung, und es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß auf diesem Gebiet alles geschieht, was geschehen kann. Ich danke, meine Herren!

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Damit ist auch das Kapitel Baumstoffe und Industriewirtschaft erschöpft.

Wir kommen nun zum nächsten Kapitel: Jugend- und Wohlfahrtspflege.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Zehner das Wort.

Zehner (CSU): Damen und Herren des hohen Hauses! Ich möchte kurz zusammengefaßt zur allgemeinen Fürsorge und insbesondere zur Jugendfürsorge Stellung nehmen und dabei einige Bitten an den Herrn Minister richten.

Wir hören, daß seit Kriegsende die Zahl der Unterstützungsempfänger ganz erheblich gestiegen ist, was auf die vielfache Not, in der wir heute stehen, zurückzuführen ist. Insbesondere haben wir Kriegsversehrte, Hinterbliebene, Fliegergeschädigte und nicht zuletzt Flüchtlinge zu unterstützen und müssen ihnen hilfsbereit zur Seite stehen. Im Verhältnis zum Jahr 1936 hat sich die Bedürftigkeit, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung, von früher 7,47 Mark auf heute 26,35 Mark gesteigert, ein Zeichen unserer Not. Wir sehen also, daß die Bedürftigkeit auf das Vierfache gestiegen ist, und wir danken Gott, daß wir da und dort Hilfe leisten konnten. Allerdings sind die Richtsätze so festgelegt, daß wir wirklich nur das Allernotwendigste bestreiten können, nur die geringen Mengen an Lebensmitteln, die uns heute zu stehen, die eingekauft werden können. Ein teurerer Gemüseinkauf kann aus diesen Richtsätzen nicht bestritten werden. Ich erinnere hier an das vergangene Jahr, wo zum Beispiel ein Büschelchen gelbe Rüben das kaum für eine Person ausreicht, 3 bis 4 Mark gekostet hat. Außerdem erinnere ich an die Kohlrabi, die im vergangenen Herbst verteilt wurden, von denen ein Stückchen, das nicht einmal groß ist, 1 Mark kostete. Es ist natürlich auf Grund dieser Richtsätze ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein Fürsorgeempfänger überhaupt an der Gemüseversorgung teilnehmen kann.

Es ist sehr zu begrüßen, wenn da und dort in den Städten — und da hat die Stadt München ein sehr gutes Beispiel gegeben — für solche, die nicht mehr in der Lage sind, sich aus eigenen Mitteln etwas zu kaufen, besondere Zuschlüsse gegeben werden. So hat die Stadt München besonders für alte Leute Sonderleistungen und Sonderzuteilungen gegeben in Form von Krankenbeihilfe, Geldbeihilfe, Wohnungsbeihilfe. Ich stelle deshalb die Bitte an alle und besonders auch an das Ministerium, daß man diese alten Leute, die sich nicht mehr selbst durchbringen können, auch weiterhin tatkräftig unterstützt; denn ein Volk, das seine armen und alten und kranken Leute vergißt, wird keinen Segen in seiner Arbeit haben. Es soll und muß die Freude und auch die Pflicht der jungen arbeitenden Menschen sein, den alten, gebrechlichen Leuten zu helfen. Das muß besonders die junge Generation sich zur Aufgabe machen.

Ein kurzes Wort möchte ich auch zu der bedrängten Lage sagen, in der unsere Pensionisten der alten Wehrmacht bzw. deren Witwen stehen. Dem Beschwerdeausschuß liegen da Klagen vor, die zum großen Teil berechtigt sind. Ich weiß, das Kontrollratsgesetz läßt es nicht zu, daß diese Beamten ihre Pension erhalten. Leider sind diese Leute, die früher einmal wohlhabend waren, heute auch auf das Wohlfahrtsamt angewiesen und müssen von dieser Seite aus unterstützt werden. Es handelt sich in diesen Fällen, ich betone das nochmals, um Beamte, die der alten Wehrmacht angehört hatten, um Personen, die ein Recht auf ihre Pension haben, aber leider Wohlfahrtsempfänger geworden sind. Es sind alte, zum Teil im Dienst ergraute Beamte, die nicht die schlechtesten waren. Ich bitte den Herrn Minister, in dieser Angelegenheit wieder bei der Militärregierung vorsprechen zu wollen. Auch bitte ich, soweit es in den Kräften des Staates steht, Frauen mit

(Frau Behner [CSU])

mehreren Kindern, deren Ernährer gestorben oder vermisst ist, eine ausreichende Unterstützung zu gewähren, damit sie ihre Kinder selbst erziehen können und nicht auf Verdienst angewiesen sind. Was nützt es dem Staat, wenn die Mütter ihre Kinder auswärts zur Erziehung geben müssen, die dort vielleicht eine fragwürdige Erziehung erhalten, und wenn diese Kinder dann später von der Fürsorge erzogen werden müssen? Momentan ist vielleicht dem Staat mit 20 oder 30 Mark Ersparnis gedient, aber nach Jahren fällt ihm durch die notwendig gewordene Fürsorgeerziehung das Doppelte an Kosten zu. Dabei ist noch zu bedenken, daß diese sich selbst überlassene gefährdete Jugend durch ihr Beispiel ja auch die andere Jugend nachteilig beeinflußt, und damit vergrößert sich das Heer der Kinder, die der Fürsorgeerziehung bedürftig sind.

Die Statistik weist auch darauf hin, daß die Fürsorgezahlen auf dem Lande bedeutend gestiegen sind. Das ist einerseits bedingt durch die erhöhte Bevölkerungszahl, andererseits durch die Evakuierten, die heute auf dem Lande leben müssen, weil die in den Städten zerstörten Wohnungen nicht wiederhergestellt werden können. Hierzu möchte ich einige Ausführungen machen. Die Personen, die damals evakuiert wurden und heute noch auf dem Lande leben müssen, sind teils aus Bayern, teils nicht aus Bayern. Ich denke da besonders an die Münchener Evakuierten. Bedauerlich ist es, daß sie draußen nicht besonders günstig untergebracht sind. Namentlich diese Personen sind hilfsbedürftig. Es besteht gegenwärtig eine große Unklarheit darüber, wer die Kosten der Unterstützung überhaupt übernimmt. Die Landgemeinden sind deshalb auf die Evakuierten, die draußen wohnen, nicht besonders gut zu sprechen. Für die Flüchtlinge übernimmt der Staat die Unterstützung, aber nicht für die Evakuierten, sondern sie wird auf die Gemeinden abgeschüttet, und da werden oft die Evakuierten draußen, die nicht in der Lage sind, ihr Brot selbst zu verdienen, nicht besonders gut behandelt. Aber auch das sind genau so wie die Flüchtlinge Fälle, die unter die Kriegseinwirkungen gehören. Hier sollte sich deshalb auch der Staat bereit erklären, die einschlägigen Kosten auf sich zu nehmen. Das würde in dem Kreis der Evakuierten bestimmt Beruhigung und Befriedigung hervorrufen. Die Berücksichtigung der Kosten im allgemeinen Finanzausgleich genügt nicht. Ich möchte betonen, daß ich ausdrücklich nur von denjenigen Evakuierten spreche, die durch Krankheit oder durch vorgesetztes Alter nicht mehr in der Lage sind, sich ihren Unterhalt selbst zu verdienen.

Nun zu einer anderen dringlichen Angelegenheit! Die Kosten für die Geschlechtskranken nehmen erschreckend zu, wie die Statistik zeigt, und zwar von Jahr zu Jahr. Sie belaufen vor allem die Gemeinden in denen sich die Anstalten zur Ausheilung dieser Kranken befinden, weil die meisten Kranken die Kurkosten nicht selbst tragen können. Hier muß wohl oder übel auch die örtliche Fürsorge eingreifen. Es wurde nun schon lange in Aussicht gesetzt, daß diese Kosten vom Staat übernommen werden. Eine Regelung steht aber bis heute noch aus, und ich möchte bitten, daß diese Frage bald gelöst werden möge.

Ein weiteres: die Jugendfürsorge. Wir wissen alle, daß wir hier eine ganz große Wunde haben, die uns ganz besonders schmerzt. Es wäre aber ungerecht, wenn wir über die Jugend, die aus dem Geleise geworfen ist, ein hartes Urteil fällen und sie kritisieren würden. Denn es war vorauszusehen, daß es so kommen mußte; die zwölf Jahre autoritätsloser und gottloser Erziehung mußten sich so auswirken. Dazu kommen noch die Folgen des Krieges: die große Ernährungsnot, die große Wohnungsnott und die furchtbar große Not der Heimatlosen. Wenn diese Nöte bald gelöst werden könnten, würden die Gefahren der Verwahrlosung der Jugend mindestens eingeschränkt werden, davon sind wir felsenfest überzeugt. Die meisten gefährdeten Jugendlichen sind wirklich ein Opfer dieser Not.

Eine Statistik der Stadt München stellt fest, daß 18 985 Kinder entweder keinen Vater oder keine Mutter oder überhaupt keine Eltern mehr haben, und bei den Flüchtlingen sind ungefähr 25 Prozent der Kinder nicht von den Eltern betreut. Das größte Fürsorgeproblem seit Kriegsende sind daher die umherstreunenden und arbeitslosen Jugendlichen geworden. Die Münchener Polizei hat zum Beispiel im Jahr 1947 aufgegriffen:

unter 14 Jahren	männliche Jugendliche	58
	weibliche Jugendliche	6
	zusammen	64
von 14 bis 18 Jahren	männliche Jugendliche	683
	weibliche Jugendliche	786
	zusammen	1469
von 18 bis 21 Jahren	männliche Jugendliche	1307
	weibliche Jugendliche	1997
	zusammen	3304

Dazu kommen kriminelle Fälle, Diebstähle, Einbruch, Schwarzhandel usw.: von 14 bis 18 Jahren 716 Fälle. Bei den weiblichen Streunerinnen wurde die Herkunft festgestellt: Ortsansässige, also aus München, sind 30 Prozent, aus der amerikanischen Zone 28 Prozent, aus der britischen Zone 7 Prozent, aus der französischen Zone 1 Prozent, aus der russischen Zone 12 Prozent, Flüchtlinge 16 Prozent, Ausländer 6 Prozent. Ein Teil dieser Jugendlichen kann wieder zu den Eltern zurückgeführt werden, wenigstens in der amerikanischen Zone. Im übrigen kann aber diesen Jugendlichen tatkräftig nicht geholfen werden. Arbeitsvermittlung ist durch die Zugangssperre nicht möglich; sonst käme die Arbeitszwangsverpflichtung auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 3 vom Jahr 1946 in Anwendung.

Von den männlichen Jugendlichen, die in München in das städtische Jugendlager in der Weinbergerstraße überstellt wurden, sind leider 90 Prozent immer wieder ausgerissen. Der Zweck der Unterbringung war, die Eltern aufzufinden zu machen. Er konnte aber nicht erreicht werden, weil die Jugendlichen wieder durchgegangen sind. Eine Eingliederung in den Arbeitsprozeß konnte nicht erreicht werden.

Und wie steht es bei den weiblichen Jugendlichen? Ein Beispiel: In einem Aufsangheim wurden im Jahre 1947 840 eingeliefert. 167 sind dort wieder durchgegangen, 176 konnten heimgebracht werden, 185, deren Eltern man ermittelt hat und die heimgeschickt wurden, sind nicht zu Hause angekommen, 59 kamen vom Ausgang nicht wieder zurück, 93 sind

(Frau Behner [CSU])

über die Grenze gegangen, 99 wurden in die Fürsorge überwiesen, 46 kamen ins Krankenhaus — warum, wird dem hohen Haus bekannt sein —, 8 ins Gefängnis, und 17 kamen ins Lager. Was wurde erreicht? Im Verhältnis zum großen Aufwand nicht viel. Was kostet dies dem Staat und den privaten Fürsorgeanstalten? Diese Jugendlichen über 18 Jahre können nicht mehr in die Fürsorgeerziehung kommen. Gerade diese Altersstufe stellt aber eigentlich das Gros der Asozialen und Streuner. Wir hörten, daß die Verordnungen Nr. 74 und Nr. 75 über die Arbeitsverpflichtung der männlichen und weiblichen Jugendlichen wieder aufgehoben wurden. Die Arbeitshaus-einweisung durch die Justiz hat mehr oder weniger einen Strafcharakter und ist fürsorgerisch nicht zu empfehlen und auch weniger erwünscht. Nach Verbüßung der Strafe fallen diese Jugendlichen — das ist die Erfahrung — meist wieder in die alte Bahn zurück, und es ist festgestellt worden, daß solche Jugendliche oft im Jahr 4 bis 5 mal wieder bei der Polizei gelandet sind. Es wurde also durch diese Maßnahme nicht ausreichend geholfen. Wir wollen doch die Jugend wieder in die menschliche Gesellschaft eingliedern und ihr helfen. Deshalb sind wir auch der Auffassung, daß wir unbedingt ein Arbeitserziehungsgesetz brauchen. Die hierzu notwendigen Anstalten sollen heimmäßig ausgestattet werden.

Es ist heute nicht möglich, diese Jugendlichen aus anderen Orten an ihren ursprünglichen Aufenthaltsort zurückzuschaffen. Der Entzug der Lebensmittelkarten nützt hier auch nichts. Die Betreffenden beschaffen sich die Lebensmittelmarken entweder auf dem Schwarzen Markt oder durch Prostitution. Nur Stadt- und Landverweisung mit entsprechender Rückverschickung in die Heimat könnten hier ausreichend helfen, und dort müßte dann ein Arbeitsverpflichtungsgesetz angewendet werden. Die Nationalsozialisten haben im Jahr 1942 das Aufenthaltsgesetz aufgehoben und damit diese zügellose Binnenwanderung gefördert.

Wir müssen gemeinsam Mittel und Wege finden, um die gefallenen Jugendlichen wieder der menschlichen Gesellschaft zuzuführen; denn durch das schlechte Beispiel wird die Zahl immer größer. Die Jugendlichen unter 18 Jahren können in die Fürsorgeerziehung kommen. Wir haben in Bayern insgesamt 120 Anstalten; davon sind 59 geschlossene Fürsorgeanstalten, in denen nur verwahrloste und verrohte Jugendliche untergebracht werden. Die Zahl dieser Anstalten ist viel zu gering. Es können in ihnen nur 20 bis 30 Prozent der Fürsorgezöglinge untergebracht werden, weil wir Heime hiefür nicht haben. Alle übrigen müssen in den alten Verhältnissen bleiben. In München fallen z. B. monatlich 60 neue Fürsorgefälle an. Es ist daher eine unbedingte Notwendigkeit, daß erstens neue Erziehungsheime geschaffen werden; es müßten vom Staat aus unbedingt Mittel und Wege gefunden werden; zweitens müßten die alten Fürsorgeheime — ich erinnere hier an Altel, Algasing, Ecksberg — wieder unbedingt ihrem alten Zweck zugeführt werden.

Daß dies unbedingt notwendig ist, davon überzeugt auch folgendes Bild: 1946 wurden 950 Jugendliche unter 18 Jahren aufgegriffen; 1947 waren es 786 Fürsorgefälle; 1946 wurden 1617 Jugendliche von 18 bis 21 Jahren aufgegriffen, 1947 jedoch 1977. Es ist anzuerkennen, daß im Jahre 1947 mehr

Jugendliche in Fürsorgeerziehung untergebracht werden konnten und dadurch auch die Binnenwanderung zurückgegangen ist.

Welche Gefahren hier bestehen, beweist allein schon die Zunahme der Geschlechtskranken in den jugendlichen Kreisen. Im Jahre 1946 waren es 31 Prozent der weiblichen Jugend, die in Geschlechtskrankenhäusern zur Ausheilung untergebracht wurden; 1947 waren es 37 Prozent. Auch die sehr gute Verordnung Nr. 73 der bayerischen Regierung, zur Unterbringung heimatloser Jugendlicher, erschienen im Jahre 1946, scheitert an dem Fehlen der Unterbringung. Wir haben keine Räume und keine Möglichkeiten, solche zu schaffen. Wenn man diese Jugendlichen wirklich wieder in die menschliche Gesellschaft einreihen will, müßte man sie in Heimen unterbringen. Beweis ist, daß sich die Fürsorgeerziehung in den allermeisten Fällen sehr gut bewährt hat. Der Staat müßte alle Mittel aufwenden, um die Zahl der Fürsorgeheime zu erhöhen. Sonst würden für ihn die Kosten durch die Kriminalität erhöht werden.

Ich spreche daher noch einmal die Bitte aus: Hier muß getan werden, was nur geschehen kann! Besonders aber spreche ich als Frau dafür, diese Heime entsprechend auszustatten. Ich kenne Heime, in denen die Jugendlichen nur eine Garnitur Bettwäsche haben, so daß die Bettwäsche nicht gewechselt werden kann, wenn ein zweiter Jugendlicher kommt, oder die Heime haben überhaupt fast keine Bettwäsche. Die Jugendlichen, die in Heimen untergebracht werden, müßten eine Umgebung haben, die auch im gesamten Rahmen erzieherisch auf sie einwirkt.

Die Anzahl der Fürsorgezöglinge aus den Reihen der Flüchtlinge liegt im Verhältnis wesentlich über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Es ist dies einerseits darauf zurückzuführen, daß, wie ich schon ausgeführt habe, die Flüchtlingsjugendlichen meist ohne Eltern sind, andererseits darauf, daß wir keine Möglichkeit haben, sie in entsprechenden Wohnräumen unterzubringen. Denn wenn hier und da die Flüchtlinge so leben müssen, daß in einem Raum 6 bis 8 Familien untergebracht worden sind, vom Greis bis zum kleinsten Kind herunter, dann ist es zu verstehen, daß auf Grund dieser Verhältnisse die Jugendlichen nach und nach der Verwahrlosung entgegengehen müssen, wenn nicht insgesamt eine einheitliche Erziehungsmethode herrscht und wenn man nicht gewillt ist, die Jugendlichen günstig zu beeinflussen. Dann fragt sich nur, wie hier weiter geholfen werden kann.

Im Etat wurden 3 Millionen eingesetzt für die Ausbildung minderbemittelter Jugendlicher, die für Flüchtlinge, Heimatlose oder Ortsansässige verwendet werden sollen, die grundsätzlich nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln sich in einem Beruf auszubilden. Ich weiß, daß der Staat heute nicht allzu viel leisten kann, ich würde aber trotzdem die Bitte aussprechen, daß im neuen Etat die Summe unbedingt auf das Doppelte erhöht wird. Wenn nämlich unsere Jugendlichen Berufen zugeführt werden können, dann ist die Gefahr schon weitgehend abgebogen.

Ein Wort noch zu den Maßnahmen zum Schutz der Jugendlichen überhaupt! Es heißt immer wieder, daß die Verwahrlosung und Kriminalität unserer Jugendlichen ihre Ursache darin hat, daß die Jugend am späten Abend auf öffentlichen Plätzen und Straßen herumsirent und sich auch in öffentlichen Lokalen auf-

(Frau Zehner [CSU])

halten kann. Es ist erwiesen, daß die Jugend dabei häufig in schlechte Gesellschaft gerät. Um die Jugendlichen vor diesen Gefahren zu bewahren und sie davon fernzuhalten, wäre es gut, wenn die Polizeiverordnung zum Schutz der Jugend vom 10. Juni 1943 aufgegriffen würde, die Maßnahmen gegen Jugendliche, aber auch Maßnahmen gegen Erziehungsberchtigte und Inhaber von Gaststätten und Vergnügungsbetrieben zulässt. Die Verordnung wird neu vorbereitet. Wenn sie nun vorliegt und durchgeführt wird, dann bitte ich, daß auch streng vorgegangen und die Durchführung der Verordnung streng überwacht wird, daß nicht nur gegen die Jugendlichen, die betroffen sind, vorgegangen wird, sondern daß man auch die Eltern zur Verantwortung zieht und sie für die Verwahrlosung ihrer Kinder verantwortlich macht. Denn zuletzt sind unbedingt die Eltern verantwortlich; sie helfen oft mit, daß die Jugendlichen in diese großen Gefahren hineinkommen. Ich könnte hier Dutzende von Beispielen bringen, wo die Mütter selbst die Mädchen weiß Gott wohin schicken, dieses und jenes heimzubringen. Hier muß eingegriffen werden. Diese Personen müssen rücksichtslos angefaßt werden, wenn sie ihre Kinder der Verwahrlosung ausliefern.

Ich habe es hier schon ausgesprochen, wie gerade die Fürsorgerinnen sich opferbereit in ihrem Beruf bewähren. Diesen Fürsorgerinnen möchte ich an dieser Stelle, dazu fühle ich mich als Frau verpflichtet, den besonderen Dank aussprechen, weil sie in ihrem Beruf die größten Opfer auf sich nehmen.

Wir wissen, daß der Staat alles tun muß, um unsere Jugend vor der Verwahrlosung zu retten. Wir wissen auch, daß die Eltern hier tatkräftig mithelfen

müssen, damit die Jugend aus dieser Verwahrlosung herauskommt. Wir wissen, daß unsere Jugend durch die große Wohnungsnot, Ernährungsnot, Kleidungsnot, durch die Kriegsverhältnisse in diese Gefahr hineingestürzt worden ist und daß eine Besserung der Lage ganz bestimmt unsere Jugend wieder aus diesen Schwierigkeiten herausreissen kann und wird. Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß unsere Jugend zum größten Teil guten Willens ist und daß wir alle ihr an die Hand gehen müssen, um sie aus dieser Not herauszubringen. Wir wissen, daß wir dieses Elend nicht allein überwinden können. Wir verpflichten uns, alles zu tun, was nur zu tun ist. Da und dort ist schon sehr viel von der Regierung erreicht, und wir sind felsenfest überzeugt, daß die heutige Regierung die Not, die über unsere Jugend gekommen ist, besonders ins Auge faßt und hier tatkräftig eingreift. Wir wissen auch, daß wir die Mittel zur Rettung unserer Jugend nicht allein beibringen können und daß uns auch hier wiederum die Besatzungsmacht die Hand zur Hilfe reichen muß.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Meine Damen und Herren! Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß morgen in der Plenarsitzung das Gesetz über die Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister, das Gemeindewahlgesetz, und das Gesetz über die Wahl der Kreistage und Landräte, das Landkreiswahlgesetz, verabschiedet werden müssen. Es finden eine ganze Reihe von Abstimmungen statt.

Ich schlage vor, die Beratung jetzt abzubrechen. — Widerspruch erhebt sich nicht.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr.)